MIDEM MERCATOR FORUM MIGRATION UND DEMOKRATIE

2021-1
MIDEM-Studie

COVID-19 IN SACHSEN

SOZIALRÄUMLICHE UND POLITISCH-KULTURELLE RAHMENBEDINGUNGEN DES PANDEMIEGESCHEHENS

HANS VORLÄNDER
MAIK HEROLD
CYRILL OTTENI

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN

STIFTUNG MERCATOR

ZVD Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung

MIDEM ist ein Forschungszentrum der **Technischen Universität Dresden**, gefördert durch die **Stiftung Mercator**.
Es wird von Prof. Dr. Hans Vorländer, TU Dresden, geleitet.

Zitiervorschlag:
Vorländer, Hans / Herold, Maik / Otteni, Cyrill 2021: COVID-19 in Sachsen. Sozialräumliche und politisch-kulturelle Rahmenbedingungen des Pandemiegeschehens, Dresden.

INHALTSVERZEICHNIS

	ERGEBNISSE IN KÜRZE	4
	DATENGRUNDLAGE UND METHODE	7
	COVID-19 IM LAND DER ‚QUERDENKER'?	8
1.	**BEWERTUNG DER CORONA-MASSNAHMEN**	10
2.	**BELASTUNGEN DURCH DIE CORONA-MASSNAHMEN**	14
3.	**IMPFBEREITSCHAFT UND IMPFSKEPSIS**	17
4.	**BEWERTUNG DES CORONA-MANAGEMENTS DER REGIERUNG**	21
5.	**CORONA-SKEPTISCHE EINSTELLUNGEN**	23
6.	**CORONA-BEZOGENES VERSCHWÖRUNGSDENKEN**	25
7.	**VERSTÄNDNIS GEGENÜBER CORONA-PROTESTEN**	28
8.	**PERSÖNLICHE BETROFFENHEIT VON EINER CORONA-INFEKTION**	30
	LITERATURVERZEICHNIS	33
	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	34
	AUTOREN	36
	IMPRESSUM	37

ERGEBNISSE IN KÜRZE

Die vorliegende Studie gibt erstmals einen repräsentativen Überblick über die soziodemographischen und sozialräumlichen Rahmenbedingungen des Pandemiegeschehens in Sachsen. Wie bewerten die Bürgerinnen und Bürger die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und das Corona-Management der Regierung? In welchem Ausmaß sehen sie sich durch die Einschränkungen und deren Folgen belastet? Wie hoch sind Impfbereitschaft und Impfskepsis in der sächsischen Bevölkerung? Welche Teile der Bevölkerung neigen eher, welche weniger einem Corona-bezogenem Verschwörungsdenken zu? Wie werden die Corona-Proteste, welche oft von Gruppierungen wie den „Querdenkern" initiiert werden, von den Bürgerinnen und Bürger in Sachsen bewertet? Mit Blick auf diese zentralen Fragen kommt die Studie zu folgenden Ergebnissen:

- In der Bewertung der **Maßnahmen** zur Eindämmung von COVID-19 ist die sächsische Bevölkerung gespalten. Wenn es um die „Schließung von Schulen und Kitas", „von Läden und Restaurants" sowie „von Kultur- und Freizeiteinrichtungen" geht, halten sich positive und negative Bewertungen in etwa die Waage. Lediglich eine nächtliche Ausgangssperre hält eine deutliche Mehrheit für wenig sinnvoll. Die Pflicht zur Verwendung von Mund-Nasen-Schutzmasken hingegen wird gemeinhin akzeptiert.

Dabei zeigt sich: Männer sind insgesamt kritischer als Frauen, Jüngere im Schnitt deutlich kritischer als Ältere. Ein besonders hohes Maß an Ablehnung findet sich bei Arbeiterinnen und Arbeitern, Auszubildenden, Personen mit Realschulabschluss sowie AfD-Sympathisanten. Auch die regionale Verteilung der Ablehnung ist uneinheitlich und nicht etwa durch einen einfachen Stadt-Land-Unterschied beschreibbar. Die größte Akzeptanz gegenüber den Corona-Maßnahmen äußerten die Befragten in Nordsachsen und in Leipzig, die stärkste Ablehnung in den Landkreisen Görlitz und Erzgebirge.

- Die mit den Corona-Maßnahmen einhergehenden Einschränkungen werden von den Sächsinnen und Sachsen insgesamt weniger als wirtschaftlich-finanzielle, sondern vor allem als soziale und psychische **Belastung** wahrgenommen. Allerdings unterscheiden sich die Beurteilungen auch hier nach Alter, Einkommen und beruflicher Situation.

Hier zeigt sich: Jüngere Jahrgänge fühlen sich insgesamt stärker belastet als Ältere. Menschen der untersten Einkommensstufe und Arbeitslose beschreiben sich vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, weniger in sozialer und psychischer Hinsicht als belastet. Bei Beamtinnen und Beamten fällt diese Einschätzung genau umgekehrt aus. Frauen klagen ebenfalls eher über die sozialen und psychischen Folgen der Corona-Maßnahmen als Männer.

- Die **Impfbereitschaft** gegen COVID-19 liegt in der sächsischen Bevölkerung insgesamt auf einem hohen Niveau: Rund 73 Prozent der Sächsinnen und Sachsen stehen einer Impfung aufgeschlossen gegenüber oder haben sich bereits gegen Corona impfen lassen. Unter den noch nicht Geimpften geben 40 Prozent an, sich „auf jeden Fall" impfen zu lassen, weitere 17 Prozent antworten auf die Frage mit „eher ja". Über dem Bundesdurchschnitt liegt allerdings der Anteil der impfskeptischen Personen: 21 Prozent aller Sächsinnen und Sachsen zeigen wenig oder keine Bereitschaft zur Impfung.

Unter den Impfskeptikerinnen und Impfskeptikern ist der Anteil jüngerer Alterskohorten deutlich überrepräsentiert. Sie besitzen häufig einen Realschulabschluss und haben ein eher unterdurchschnittliches Einkommen. Viele sind nur teilweise berufstätig oder arbeitslos. Auch wer ohne Kinder im Haushalt lebt, tendiert eher dazu, das Angebot einer Impfung gegen COVID-19 „auf gar keinen Fall" in Anspruch nehmen zu wollen. In sozial-räumlicher Hinsicht sind viele Impfskeptikerinnen und Impfskeptiker in Ostsachsen zu Hause. Personen, die sich rechts der Mitte verorten oder der AfD zuneigen, sind ebenfalls weit überdurchschnittlich der Auffassung, sich selbst „eher nicht" oder „auf gar keinen Fall" impfen zu lassen.

Das **Corona-Management** der sächsischen Landesregierung bewertet eine Mehrheit der Sächsinnen und Sachsen positiv. Die Zufriedenheit fällt dabei noch deutlicher aus, als jene mit der Bundesregierung in Berlin. Auf der anderen Seite äußert sich ein großer Teil der Bevölkerung aber auch kritisch: Mit dem Corona-Management der sächsischen Landesregierung zeigen sich 42 Prozent, mit dem der Bundesregierung sogar 50 Prozent der Befragten insgesamt unzufrieden.

Offensichtlich kann diese Unzufriedenheit aber nicht ohne Weiteres als Kritik an der Härte der Corona-Maßnahmen oder als Wunsch nach einem lockeren Umgang mit der Pandemie interpretiert werden. So findet rund die Hälfte der Sächsinnen und Sachsen es zugleich schade, „dass die Politik bei der Bekämpfung der Pandemie nicht härter durchgegriffen habe". Ganze 60 Prozent halten es außerdem für richtig, „dass der Staat zum Schutz der Gesundheit seiner Bürger notfalls auch private Freiheiten einschränkt".

Auch pandemieskeptische Einstellungen und ein **Corona-bezogenes Verschwörungsdenken** – verstanden als Neigung, dem Handeln von politischen und gesellschaftlichen Akteure in der Pandemie zu misstrauen, ihnen gar eine ‚geheime Agenda' zu unterstellen – sind in Sachsen stark verbreitet. So glauben etwa 44 Prozent der Sächsinnen und Sachsen, dass die Regierung „aus Rücksicht auf die Pharmalobby [...] mögliche Nebenwirkungen und Langzeitschäden der Corona-Impfstoffe" verschweigt. 35 Prozent sind der Meinung, die Regierung nutze die Pandemie als Vorwand, „um die Überwachung der Bürger voranzutreiben". Rund die Hälfte der Bevölkerung glaubt außerdem, dass „die Gefahr, die vom Virus ausgeht" in den Medien „übertrieben" wird. Dass „die Politik in der Krise vorrangig dem Rat etablierter Wissenschaftler und Experten folgt", findet dennoch eine große Mehrheit der Sächsinnen und Sachsen gut – selbst unter denen, die sich teilweise Corona-skeptisch äußern.

Dabei sind eher Männer als Frauen, eher Arbeiter als Selbstständige und eher Menschen der unteren Einkommensgruppen für Corona-bezogenes Verschwörungsdenken anfällig. Personen der Altersgruppe zwischen 31 und 40 Jahren, mit Realschulabschluss sowie Personen, die mit der AfD sympathisieren, sind ebenfalls besonders exponiert. Im Hinblick auf die Verteilung innerhalb Sachsens stimmten die Befragten am häufigsten in den Landkreisen Bautzen, Zwickau und Mittelsachsen Aussagen zu Corona-bezogenem Verschwörungsdenken zu – am wenigsten in den Landkreisen Vogtland und Leipzig sowie der Stadt Leipzig.

Was die **Corona-Proteste** angeht, ist die sächsische Bevölkerung gespalten: Eine Mehrheit steht den Demonstrationen eher distanziert bis ablehnend gegenüber. Auf der anderen Seite äußern aber 42 Prozent der Sächsinnen und Sachsen Verständnis, davon rund die Hälfte sogar großes Verständnis für die Proteste.

AfD-Anhängerinnen und Anhänger und sich eher als „rechts" beschreibende Personen sind auch hier deutlich überrepräsentiert. Das Verständnis für die Proteste von Initiativen wie „Querdenken" ist in Ostsachsen besonders stark, in der Stadt Dresden eher stark, in Nordsachsen und der Stadt Leipzig hingegen besonders schwach ausgeprägt. Besonders viele Befragte äußerten sich positiv zu den Demonstrationen in den Landkreisen Görlitz, Bautzen, Sächsische Schweiz und Erzgebirge.

Eine **persönliche Betroffenheit** von einer Corona-Infektion vermag die Einschätzungen der Sächsinnen und Sachsen unterdessen deutlich zu beeinflussen. Personen, die selbst oder im nächsten Freundes-, Bekannten- oder Familienkreis bereits eine Corona-Infektion mit schwerem Verlauf erlebt haben, sind im Schnitt weniger kritisch gegenüber den staatlichen Schutzmaßnahmen und deutlich weniger anfällig für Corona-bezogenes Verschwörungsdenken.

Bei Personen, die selbst oder im persönlichen Umfeld nur eine Corona-Infektion mit schwachem Verlauf erlebt hatten, zeigt sich hingegen ein umgekehrter Effekt: Sie bekunden weniger Akzeptanz gegenüber den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und weniger Vertrauen in das Agieren von Politik, Medien und Wissenschaft.

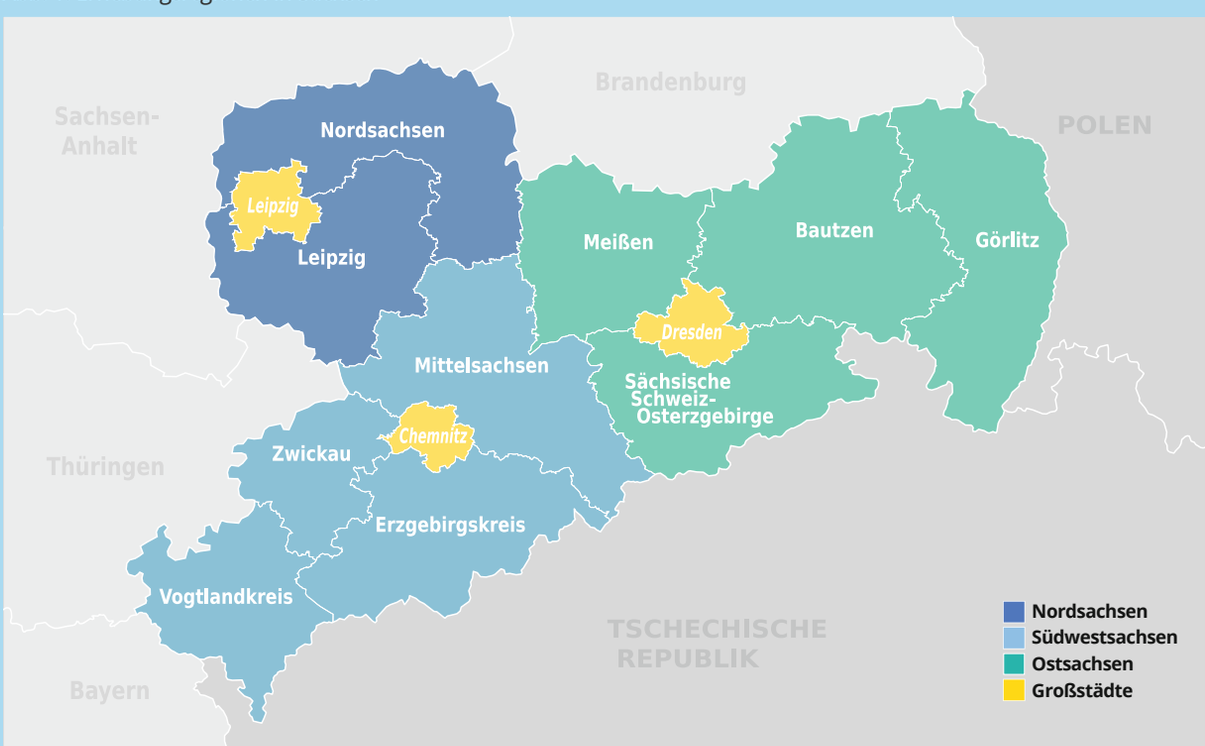
Hohe Werte bei Maßnahmenablehnung, Impfskepsis und Corona-bezogenem Verschwörungsdenken sowie eine verständnisvolle Bewertung der Corona-Proteste können als Ausdrucksformen einer Haltung gelten, die dem Pandemiegeschehen sowie den staatlichen Eindämmungsmaßnahmen insgesamt kritisch gegenübersteht. Hinsichtlich der sozialräumlichen Verteilung dieser **Corona-kritischen Einstellungsmuster** ergibt sich eine Zweiteilung des Landes: Ostsachsen und Südwestsachsen weisen hier in allen Kategorien höhere Werte auf als Nordsachsen und die Großstadtregionen. Die Menschen in Ostsachsen sind dabei noch kritischer als in Südwestsachsen.

Was Maßnahmenablehnung, Impfskepsis, Corona-bezogenes Verschwörungsdenken und die verständnisvolle Bewertung der Corona-Proteste betrifft, wiesen die Befragten in den Landkreisen Sächsische Schweiz / Osterzgebirge und Mittelsachsen sowie insbesondere in den Landkreisen Görlitz, Bautzen und Erzgebirge besonders hohe, in den Landkreisen Leipzig, Nordsachsen und Vogtland besonders niedrige Werte auf. Unter den Großstädten konnten in den beiden Städten Chemnitz und Dresden in der Regel deutlich höhere Werte als in den ländlichen Regionen Nordsachsens und in der Stadt Leipzig ermittelt werden.

DATENGRUNDLAGE UND METHODE

Empirische Grundlage der Studie ist eine Befragung, die vom 10. bis 15. Mai 2021 unter wahlberechtigten Sächsinnen und Sachsen ab 18 Jahren erfolgte. Hierfür wurden in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut *dimap* insgesamt 1.008 Personen befragt. Die Erhebung ist für Sachsen sowie vier Teile Sachsens repräsentativ. Drei dieser vier Regionen fallen geographisch mit den ehemaligen, bis 31. Juli 2008 bestehenden Regierungsbezirken (Chemnitz, Leipzig und Dresden) zusammen, der vierte Teil umfasst die drei Großstädte Chemnitz, Leipzig und Dresden. Jede regionale Teilgruppe besteht aus einer Stichprobe von ungefähr 250 Personen. Mittels Gewichtungen nach Alter, Geschlecht, Bildung und Population können somit repräsentative Aussagen für die jeweiligen Teilregionen sowie für Gesamtsachsen getroffen werden.

Abb. 1: Erhebungsregionen in Sachsen



Als Methode der Befragung diente ein Mixed Mode-Ansatz, bei dem ein Teil der Interviews mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) (60% aller Interviews) und ein Teil mittels Online-Interviews (CAWI) (40% aller Interviews) durchgeführt wurde. Die telefonischen Befragungen dauerten im Schnitt 11 Minuten. Da bei Stichproben mit regionalen Grenzen (wie Sachsen oder den einzelnen Teilregionen) via Mobiltelefon befragte Personen erst nach dem Anruf einer Region zugeordnet werden können, wurden nur Festnetzanschlüsse gewählt. Um dennoch alle Teilgruppen der Bevölkerung zu erreichen, wurde dies mit einer Onlinebefragung kombiniert. Derartige Mixed Mode-Befragungen haben in den vergangenen Jahren nicht nur in der wissenschaftlichen Umfrageforschung deutlich an Bedeutung gewonnen. Ein Grund hierfür ist, dass durch die Kombination verschiedener Methoden die Erreichbarkeit von Befragungspersonen oder bestimmter Teilgruppen in der Bevölkerung erhöht wird und sich dies positiv auf die Teilnahmebereitschaft an einer Studie auswirken kann. Gleichzeitig definieren Mixed Mode-Studien anspruchsvolle surveymethodische Herausforderungen, um mögliche Effekte des Erhebungsmodus zu reduzieren und eine konsistent hohe Datenqualität zu erreichen.

COVID-19 IM LAND DER ‚QUERDENKER'?

Seit anderthalb Jahren bestimmt die COVID-19-Pandemie die politische Agenda. Im Laufe einer ‚zweiten Welle' hat sich dabei im Winter 2020/21 insbesondere Sachsen zu einem Hotspot des Infektionsgeschehens entwickelt und war besonders stark von Ansteckungen, Todesfällen und Einschränkungen des öffentlichen Lebens betroffen. Vor diesem Hintergrund ist vielfach vermutet worden, dass gerade in Sachsen bestimmte sozialräumliche und politisch-kulturelle Faktoren die Infektionslage zusätzlich verschärft haben. So bezeichnete *Der Spiegel* Sachsen als „Land der Verharmloser", in dem sich ‚die Särge stapeln' würden, und selbst der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, berichtete Ende Dezember 2020 von einer zum Teil ‚sorglosen', teilweise aber auch ‚renitenten' Bevölkerung in seiner Heimat.[1]

Eine belastbare Grundlage für derartige Vermutungen liegt bislang jedoch nicht vor. Vorliegende – epidemiologische oder gesundheitswissenschaftliche – Untersuchungen oder Modellierungen bilden zwar Infektionsverläufe ab, können aber kaum politisch-kulturelle Einflussfaktoren auf das Infektionsgeschehen berücksichtigen.[2] In deutschlandweiten Erhebungen wird zwar regelmäßig nach den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in der Corona-Pandemie sowie nach ihrer Einschätzung zu einzelnen Maßnahmen gefragt, verlässliche Aussagen über sozialräumliche Besonderheiten sind auf dieser Basis aber nur wenige möglich.[3] Dabei zeigen die Inzidenzzahlen oft auch innerhalb eines Bundeslandes auffällige regionale Unterschiede. So auch im Freistaat Sachsen.

Um diese Lücke zu schließen, haben das Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung und das Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut *dimap* eine für Sachsen repräsentative Erhebung durchgeführt. Zwischen dem 10. und 15. Mai 2021 wurden dabei 1.008 wahlberechtigte Sächsinnen und Sachsen nach ihrer Einschätzung der Corona-Politik, ihren im Kontext der Pandemie erlebten Belastungen sowie ihren Einstellungen zu Demokratie, Freiheit und Wissenschaft sowie zu Impfungen und Corona-Protesten befragt. Die dabei gezogenen Stichproben ermöglichen es erstmals nicht nur für ganz Sachsen, sondern auch für einzelne Regionen innerhalb Sachsens Unterschiede in repräsentativer Weise darstellbar zu machen.

Ziel der vorliegenden Studie ist es also, ergänzend zu Untersuchungen aus den Bereichen von Medizin und Gesundheitswissenschaft[4] Erkenntnisse zu gewinnen, die Aufschluss über die sozialräumliche Verteilung und die politisch-kulturellen Faktoren der Einschätzung und Bewertung von Pandemiegeschehen sowie der getroffenen Maßnahmen zu dessen Eindämmung geben.

Die Untersuchung kommt dabei zu dem Schluss, dass die Einstellungen der Sächsinnen und Sachsen zur Corona-Politik insgesamt nicht grundlegend von denen in Gesamtdeutschland abweichen. Eine knappe Mehrheit der sächsischen Bevölkerung zeigt sich mit dem Corona-Management von Bundesregierung und sächsischer Landesregierung zufrieden. Rund die Hälfte bedauert es gar, dass die Politik bei der Bekämpfung der Pandemie „nicht härter durchgegriffen" hat. Allerdings ist in Sachsen auch das Lager der Corona-Kritiker stark ausgeprägt. Knapp die Hälfte der Bevölkerung ist mit dem staatlichen Corona-Management unzufrieden. 30 Prozent der Sächsinnen und Sachsen bewerten die seit Anfang 2020 ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus als „nicht sinnvoll". 42 Prozent zeigen Verständnis für die Corona-Proteste, 20 Prozent wollen sich „eher nicht" oder „auf keinen Fall" gegen COVID-19 impfen lassen, 22 Prozent neigen gar einem Corona-bezogenem Verschwörungsdenken zu.

Bemerkenswert ist weiterhin, dass die Urteile über Corona-Maßnahmen, Impfung und Regierungshandeln je nach Region, sozialer Gruppe und politischer Orientierung höchst unterschiedlich ausfallen. Insbesondere Ost- und Südwestsachsen zeigen hier deutliche Auffälligkeiten: In allen Bereichen von Corona-Skepsis und -Renitenz, wiesen die Befragten insbesondere in den Landkreisen Görlitz, Bautzen und Erzgebirge besonders hohe, in den Landkreisen Leipzig, Nordsachsen und Vogtland besonders niedrige Werte auf.

---

1 Bohr et al. 2020; Malzahn 2020. Deutschlandweite Befragungen zur Bewertung der bisherigen COVID-19-Maßnahmen ergaben indes regelmäßig auch für den Osten Deutschlands hohe und stabile Zustimmungswerte (Bertelsmann Stiftung 2020; Leipziger Volkszeitung 2020).

2 Auch das - im Zusammenhang mit der AfD immer wieder diskutierte - Abschneiden bestimmter Parteien bei den zurückliegenden Wahlen kann nicht per se als Indikator für einen nachlässigen Umgang mit COVID-19 gelten und etwa mit der Ausbreitung des Virus in bestimmten Regionen in einen Zusammenhang gestellt werden. Vgl. die Stellungnahme von Hans Vorländer in der Leipziger Volkszeitung 2020. Gleichwohl lassen sich für bestimmte Zeiträume Korrelationen zwischen Corona-Inzidenzwerten und AfD-Stimmenanteilen ermitteln. Vgl. Reuband 2021.

3 Vgl. nur Betsch 2021; Intratest dimap 2020a und 2020b; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020a, 2020b.

4 Vgl. nur die Untersuchung von Ahnert et al. 2020, mit der im Rahmen des SaxoCOV-Projektkonsortiums eine epidemiologischen Modellierung der COVID-19-Ausbreitung in Sachsen vorgenommen wird. Siehe auch Nagel et al. 2021; Betsch 2021.

1. BEWERTUNG DER CORONA-MASSNAHMEN

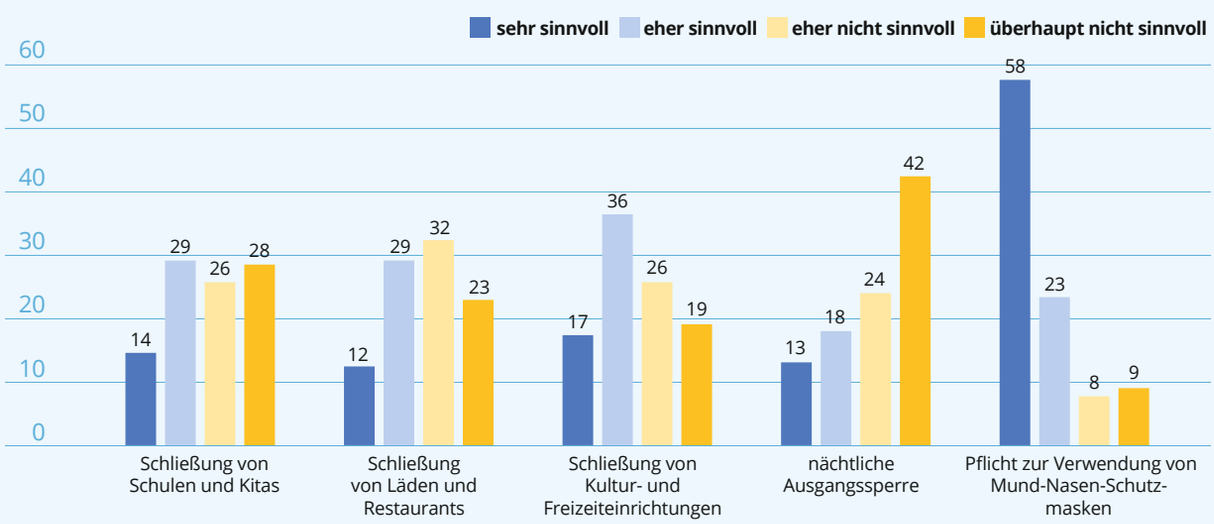
Seit dem Beginn der Pandemie in Deutschland im Frühjahr 2020 wurden von Bundes- und Landesregierungen zahlreiche Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 beschlossen. Für die Wirksamkeit dieser Maßnahmen erwies sich auch deren Akzeptanz in der Bevölkerung als ein entscheidender Faktor. Dabei ist allerdings nicht von einem Automatismus auszugehen: Eine geringe Akzeptanz bestimmter Einschränkungen muss nicht zwingend auf ihre mangelhafte Befolgung verweisen. Gleichwohl kann es als wahrscheinlich gelten, dass Schutzmaßnahmen, deren Wirksamkeit oder Angemessenheit in der Bevölkerung mehrheitlich infrage gestellt wird, mehr Menschen dazu verleitet, diese zu ignorieren.

Im ersten Teil der Untersuchung über die sozialräumlichen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie in Sachsen wurde ebenfalls nach der Beurteilung konkreter Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 gefragt. Die Antworten zeigen hier zunächst ein gespaltenes Bild (Abb. 2).

Hinsichtlich der „Schließung von Schulen und Kitas", „von Läden und Restaurants" sowie „von Kultur- und Freizeiteinrichtungen" halten sich die Bewertungen die Waage: Ungefähr gleich große Teile der sächsischen Bevölkerung beschreiben diese Maßnahmen als „sehr sinnvoll" bzw. „eher sinnvoll" auf der einen Seite sowie „eher nicht sinnvoll" bzw. „überhaupt nicht sinnvoll" auf der anderen Seite. Die „Schließung von Schulen und Kitas" sowie „von Läden und Restaurants" bewertet dabei eine Mehrheit von 54 bzw. 55 Prozent der Befragten negativ, die „Schließung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen" eine Mehrheit von 53 Prozent eher positiv.

Am kritischsten wurde sich über eine nächtliche Ausgangssperre geäußert. Rund zwei Drittel der Befragten stellten die Sinnhaftigkeit einer solchen Einschränkung infrage, 42 Prozent beschrieben sie gar als „überhaupt nicht sinnvoll". Am deutlichsten positiv hingegen fiel die Bewertung einer „Pflicht zur Verwendung von Mund-Nasen-Schutzmasken" aus. Insgesamt 81 Prozent der Sächsinnen und Sachsen halten diese für „sehr sinnvoll" oder „eher sinnvoll", nur 17 Prozent für „eher nicht sinnvoll" oder „überhaupt nicht sinnvoll".[5]

Abb. 2: Bewertung unterschiedlicher Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie (Angaben in Prozent)

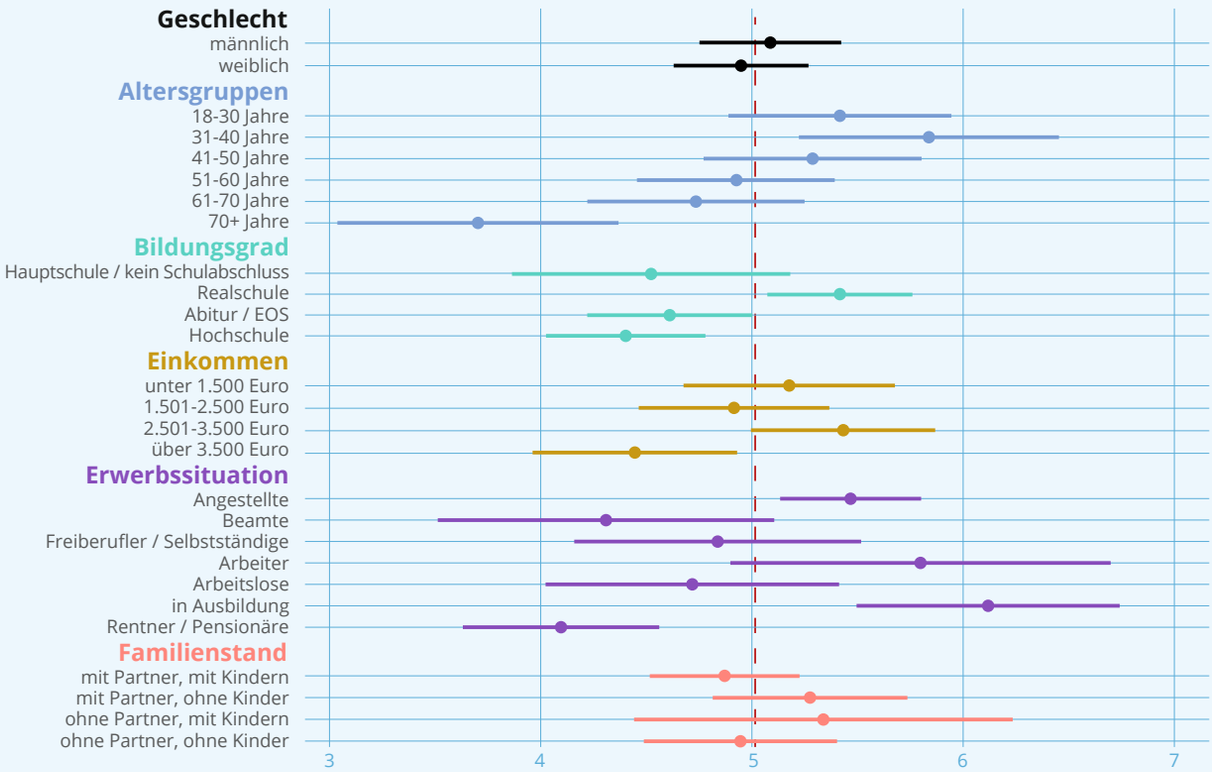


Anmerkung: Antwortverteilung auf die Frage: „Wie sinnvoll sind und waren aus Ihrer Sicht die folgenden Maßnahmen?" (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe, n = 1.008).

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

5 Dieses Ergebnis entspricht in etwa den Werten, die im Herbst 2020 auch für Thüringen ermittelt wurden. Hier gaben ebenfalls 83 Prozent eine positive Einschätzung zur Wirksamkeit einer Maskenpflicht. (Reiser et al. 2021, S. 29 ff.)

Abb. 3: Ablehnung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten



Anmerkung: Die Punkte zeigen die Gruppenmittelwerte des Maßnahmenablehnungsindex mit zugehörigen Konfidenzintervallen in unterschiedlichen Teilen der sächsischen Bevölkerung. Je höher der Wert, umso negativer werden die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung bewertet. Die senkrechte rote Linie markiert den Mittelwert für Sachsen insgesamt (5,01). Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, n = 1.008.

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

Insgesamt folgt das ermittelte Antwortverhalten auf die Fragen nach der Bewertung bestimmter Maßnahmen hier einem bestimmten Muster: Hielt ein Befragter eine bestimmte Maßnahme für sinnvoll, so bestand eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass seine Beurteilung anderer Maßnahmen in ähnlicher Richtung ausfiel. Entsprechend ist es möglich, die Antworten zu einem *Maßnahmenablehnungsindex* zusammenzufassen, dessen Werte auf einer 11-Punkte-Skala insgesamt die Haltung der Befragten zu den Anti-Corona-Maßnahmen wiedergeben.[6] Dabei gilt: Je höher der Indexwert, umso stärker lehnten die Befragten die Corona-Maßnahmen ab, hielten sie also für „nicht sinnvoll".

INFOBOX – Indexbildung

Wenn in der Reaktion der Befragten auf unterschiedliche Fragen ein Zusammenhang erkennbar ist, das Antwortverhalten also immer wieder gleichen Mustern folgt, kann dahinter ein latentes Konstrukt vermutet und dieses Antwortverhalten mit einem Zahlenwert zusammengefasst werden. Dieser Wert wird auch als Indexwert bezeichnet. Er gibt an, wie stark die Befragten in ihren Antworten auf die entsprechenden Fragen insgesamt in eine bestimmte Richtung tendieren – etwa, wie stark sie insgesamt die Corona-Maßnahmen für sinnvoll erachten.

Grundlage für die Erstellung eines Index sind Faktorenanalysen. Die Items aller im Rahmen dieser Analyse erstellten und im folgenden präsentierten Indizes korrelieren miteinander und haben eine hohe interne Konsistenz (Cronbachs Alpha zwischen 0,75 und 0,81). Alle Indizes wurden dabei auf einer 11-Punkte Skala umgerechnet, um ihre Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Für alle relevanten Analysen wurden Gewichtungen nach Alter, Geschlecht und Bildung vorgenommen.

Auf dieser Grundlage lässt sich abschätzen, wie sich diese Zustimmung bzw. Ablehnung auf einzelne Gruppen innerhalb der sächsischen Bevölkerung verteilt. Dabei kann die Einstellung der Sächsinnen und Sachsen zu den Corona-Maßnahmen zunächst hinsichtlich soziodemographischer Merkmale genauer spezifiziert werden (Abb. 3).

6 Die fünf verschiedenen Maßnahmen laden auf einen Faktor. Die daraus hervorgehende Skala weist eine hohe interne und externe Reliabilität auf (Cronbachs Alpha = 0,81).

Wie sich zeigt, waren die befragten Männer in ihrer Bewertung kritischer als die Frauen (ein arithmetisches Mittel von 5,09 gegenüber 4,95), Jüngere im Schnitt deutlich kritischer als Ältere, wobei insbesondere die Gruppe der 31-40 Jährigen durch eine ausgeprägte Skepsis gegenüber den staatlichen Corona-Maßnahmen auffällt. Sie unterscheiden sich um zwei volle Skalenpunkte von den Über-70 Jährigen (5,84 gegenüber 3,70). Im Hinblick auf die Kategorie ‚Bildung' zeigen vor allem Menschen mit Realschulabschluss eine kritische Haltung (5,42). Ihnen erscheinen die Schutzmaßnahmen im Schnitt deutlich weniger sinnvoll, als dies etwa unter den Befragten mit Hauptschulabschluss oder Abitur als höchstem Bildungsgrad der Fall ist.[7]

In welchen Regionen Sachsens ist die Akzeptanz bzw. die Ablehnung der Corona-Maßnahmen am stärksten ausgeprägt? Hier zeigt sich zunächst, dass vor allem in Nordsachsen, also den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen sowie in der Stadt Leipzig, die Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 für sinnvoll erachtet werden. Unter den Großstädtern fiel die Ablehnung in Leipzig außerdem deutlich geringer aus, als etwa in Dresden. Auch in den Landkreisen Zwickau und Vogtland sowie in Chemnitz lag unter den Befragten die Zustimmung zu den Corona-Maßnahmen insgesamt leicht über dem sächsischen Durchschnitt. Ganz anders sieht die Situation in anderen Regionen Sachsens aus: Vor allem in den Landkreisen Görlitz und Erzgebirge zeigen sich die Menschen im Schnitt deutlich kritischer als im Rest des Landes (Abb. 4) .

Inwiefern sich hier ein Zusammenhang zwischen Maßnahmenskepsis und Inzidenzzahlen ermitteln lässt, muss in weiteren Analysen gezeigt werden. Gewisse Zusammenhänge scheinen durchaus erkennbar. Allerdings muss mit Blick auf die in Abb. 4 dargestellte Verteilung ebenso vermutet werden, dass einfache Hypothesen hier kaum tragfähig, die Zusammenhänge vielmehr als komplex zu beurteilen sind. So waren in der ersten Jahreshälfte 2021 etwa die beiden Landkreise Erzgebirge und Vogtland gleichermaßen von sehr hohen, teilweise auch im gesamtdeutschen Vergleich für Aufmerksamkeit sorgenden Inzidenzzahlen betroffen, dennoch erweist sich insbesondere im Erzgebirge die Haltung der Menschen zu den Corona-Maßnahmen als weitaus kritischer als im Vogtland. Allerdings war im Vogtland auch die Impfpriorisierung frühzeitig aufgehoben worden, sodass dort die schnellere „Durchimpfung" der Bevölkerung möglicherweise zu einer positiveren Einschätzung der Maßnahmen beigetragen hat.

INFOBOX – Regionale Verteilung

Die der Studie „COVID-19 in Sachsen" zugrundeliegenden Daten wurden repräsentativ für Gesamtsachsen sowie für vier Teile Sachsens erhoben. Drei dieser vier Teile fallen geographisch mit den ehemaligen Regierungsbezirken (Chemnitz, Leipzig und Dresden) zusammen. Hinzu kommt eine vierte Region, welche die drei sächsischen Großstädte umfasst. Damit ergeben sich folgende Teil für die jeweils repräsentative Aussagen getroffen werden können:

- Nordsachsen: umfasst die Landkreise Leipzig und Nordsachen
- Südwestsachsen: umfasst die Landkreise Vogtland, Zwickau, Erzgebirge und Mittelsachsen
- Ostsachen: umfasst die Landkreise Meißen, Sächsische-Schweiz/Osterzgebirge, Bautzen und Görlitz
- Großstädte: Dresden, Leipzig und Chemnitz

Jenseits dieser vier Regionen lassen die Fallzahlen auf Ebene der Landkreise zwar keine Hochrechnung auf die jeweilige Gesamtpopulation zu, dennoch können anhand der Befragten auch hier gewisse Tendenzen im Antwortverhalten abgelesen werden.

Auch die Haltung zu den politischen Parteien wurde in der vorliegenden Untersuchung ermittelt. Auf Basis einer Skala von -5 bis +5 sah sich jede befragte Person dazu aufgefordert, die eigene Meinung zu jeder von insgesamt sieben politischen Parteien anzugeben. Ein aus den Ergebnissen errechnetes Maß für die Parteisympathie trägt ebenfalls zu einer genaueren Spezifizierung der politisch-kulturellen Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie in Sachsen bei.[8]

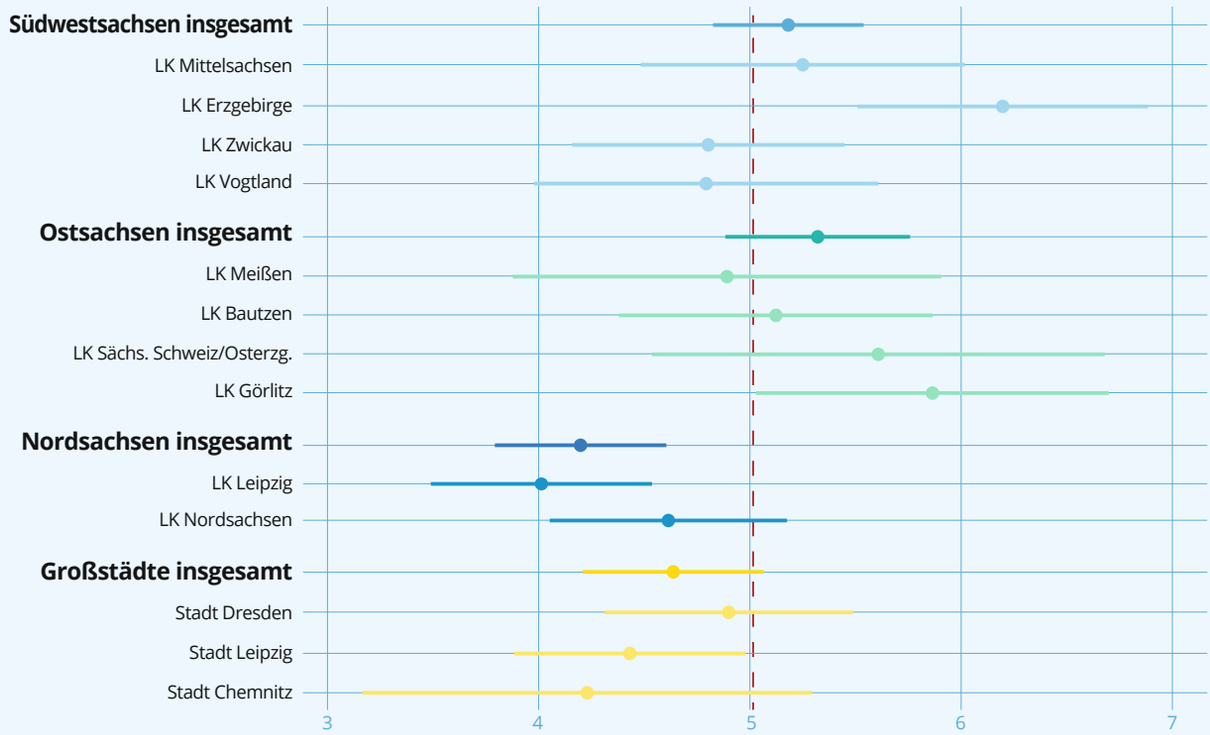
Mit Blick auf die Bewertung der staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung zeigt sich dabei, dass Personen, die der CDU, der SPD, den Grünen oder der Linkspartei zuneigen, die Corona-Maßnahmen deutlich positiver als der Durchschnitt bewerten (arithmetische Mittel zwischen 3,94 und 4,39). Die befragten Anhänger der FDP und der Freien Wähler waren hingegen deutlich kritischer, die der AfD (Mittelwert 6,48) wiederum äußerst kritisch eingestellt (Abb. 5).

Mit Blick auf die – ebenfalls erhobene – Links-rechts-Selbstverortung der Befragten kann ebenfalls ein klarer Zusammenhang beschrieben werden (Abb. 5): Sächsinnen und Sachsen, die sich auf dem politischen Spektrum eher „rechts" einordnen, beschreiben die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie deutlich seltener als „sinnvoll".

7 Nicht alle in den Abbildungen 4, 5, 7 und 8 dargestellten Verteilungen markieren signifikante Unterscheidungen. Alle hier und im Folgenden im Text beschriebenen Differenzen zwischen unterschiedlichen Gruppen der sächsischen Bevölkerung erwiesen sich jedoch als signifikant.

8 Die Fragestellung lautete hier: „Was halten Sie ganz allgemein von den folgenden Parteien?" Vgl. ähnlich: Q22 in German Longitudinal Election Study (GLES 2016). In der hier gewählten Darstellung wurden Befragte, die eine Partei mit mindestens +1 bewerteten, der Gruppe der ‚mit einer Partei Sympathisierenden' zugeordnet.

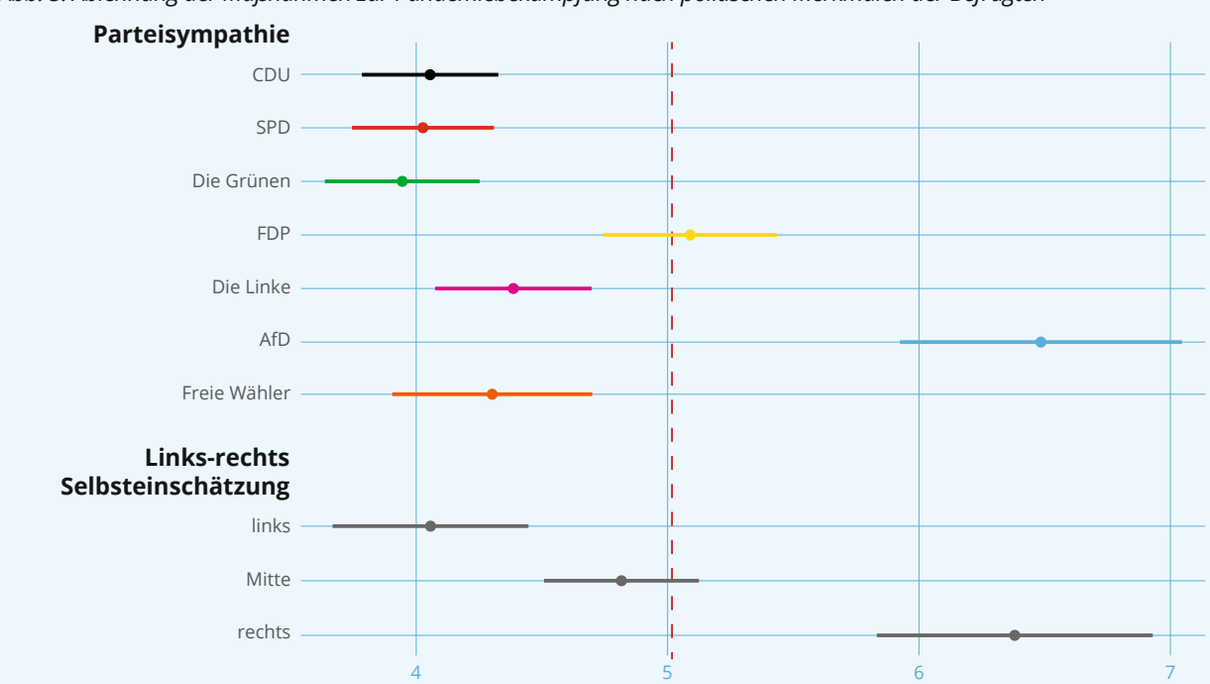
Abb. 4: Ablehnung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung in unterschiedlichen Regionen Sachsens



Anmerkung: Die Punkte zeigen die Gruppenmittelwerte des Maßnahmenablehnungsindex mit zugehörigen Konfidenzintervallen in unterschiedlichen Teilen der sächsischen Bevölkerung. Je höher der Wert, umso negativer werden die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung bewertet. Die gestrichelte rote Linie markiert den Mittelwert für Sachsen insgesamt (5,01). Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, n = 1.008.

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

Abb. 5: Ablehnung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung nach politischen Merkmalen der Befragten



Anmerkung: Die Punkte zeigen die Gruppenmittelwerte des Maßnahmenablehnungsindex mit zugehörigen Konfidenzintervallen in unterschiedlichen Teilen der sächsischen Bevölkerung. Je höher der Wert, umso negativer werden die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung bewertet. Die gestrichelte rote Linie markiert den Mittelwert für Sachsen insgesamt (5,01). Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, n = 1.008.

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

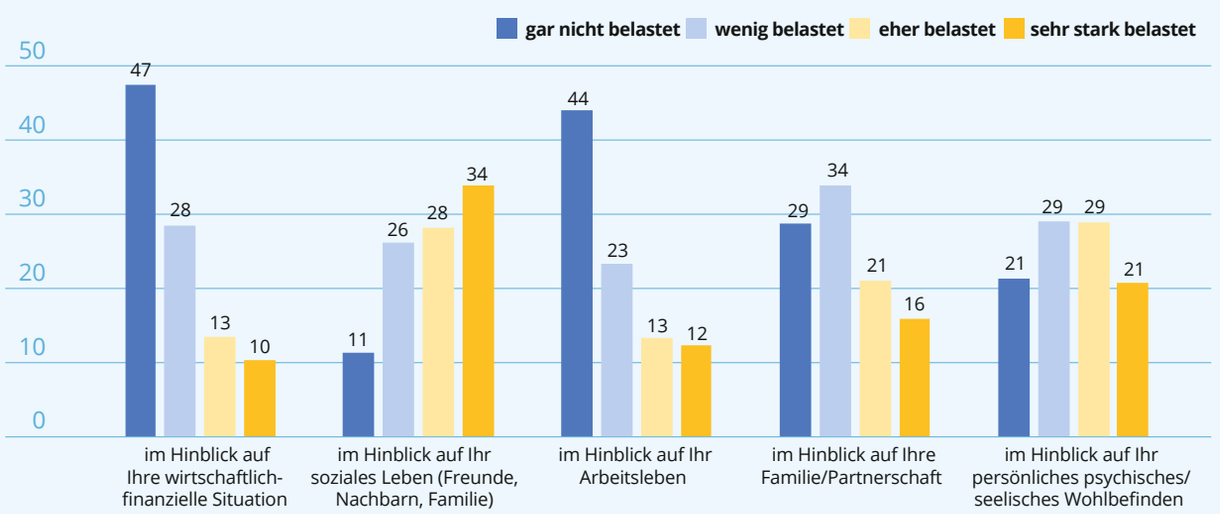
2. BELASTUNGEN DURCH DIE CORONA-MASSNAHMEN

Der zweite Teil der Untersuchung über die sozialräumlichen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie in Sachsen widmete sich der subjektiven Seite der Corona-Politik: den durch die Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 insgesamt hervorgerufenen persönlichen Beeinträchtigungen. Gefragt war hier, wie stark sich der Einzelne durch die damit verbundenen Einschränkungen belastet sieht. Die Frage wurde insgesamt fünf Mal gestellt und dabei auf jeweils unterschiedliche Bereiche des Lebens bezogen: die wirtschaftlich-finanzielle Situation, das Arbeitsleben, das soziale Miteinander mit Freundinnen und Freunden, Nachbarinnen und Nachbarn und Verwandten, die eigene Familie und Partnerschaft sowie im Hinblick auf das eigene psychisch-seelische Wohlbefinden.

Die Verteilung der Antworten legt hier zunächst nahe, dass die Sächsinnen und Sachsen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung insgesamt weniger als wirtschaftlich-finanzielle, sondern vor allem als soziale und psychische Belastungen empfinden. So fühlen sich in wirtschaftlicher Hinsicht nur 23 Prozent der Befragten als „eher" oder „sehr stark" belastet, in Bezug auf das eigene Arbeitsleben lediglich 25 Prozent. Das eingeschränkte Sozialleben, der mangelnde Kontakt mit Freundinnen und Freunden, Nachbarinnen und Nachbarn oder Familienmitgliedern empfinden hingegen 62 Prozent als belastend, 34 Prozent sogar „sehr stark". Und auch das eigene seelische Wohlbefinden sieht die Hälfte (50 Prozent) der Sächsinnen und Sachsen durch die Corona-Maßnahmen „eher" oder „sehr stark" belastet (Abb. 6).

Insgesamt richtete sich das Antwortverhalten auf diese Fragen an zwei Faktoren aus, weshalb sich hier zwei Bereiche empfundener Belastung identifizieren lassen, in denen die Befragten in der Regel zu ähnlichen Antworten tendierten. Der erste Bereich kann dabei durch die beruflich-wirtschaftliche Situation, der zweite im Hinblick auf das soziale Leben und das psychisches Wohlbefinden beschrieben werden. In beiden Bereichen wurden entsprechende Indexmaße errechnet, die den Grad der jeweils empfundenen Beeinträchtigungen numerisch darstellbar machen. Beide Skalen umfassen 11 Punkte und reichen von 0 (gar keine Belastung) bis 10 (sehr starke Belastung). Während der gesamtsächsische Durchschnitt für die beruflich-wirtschaftlichen Belastungsskala

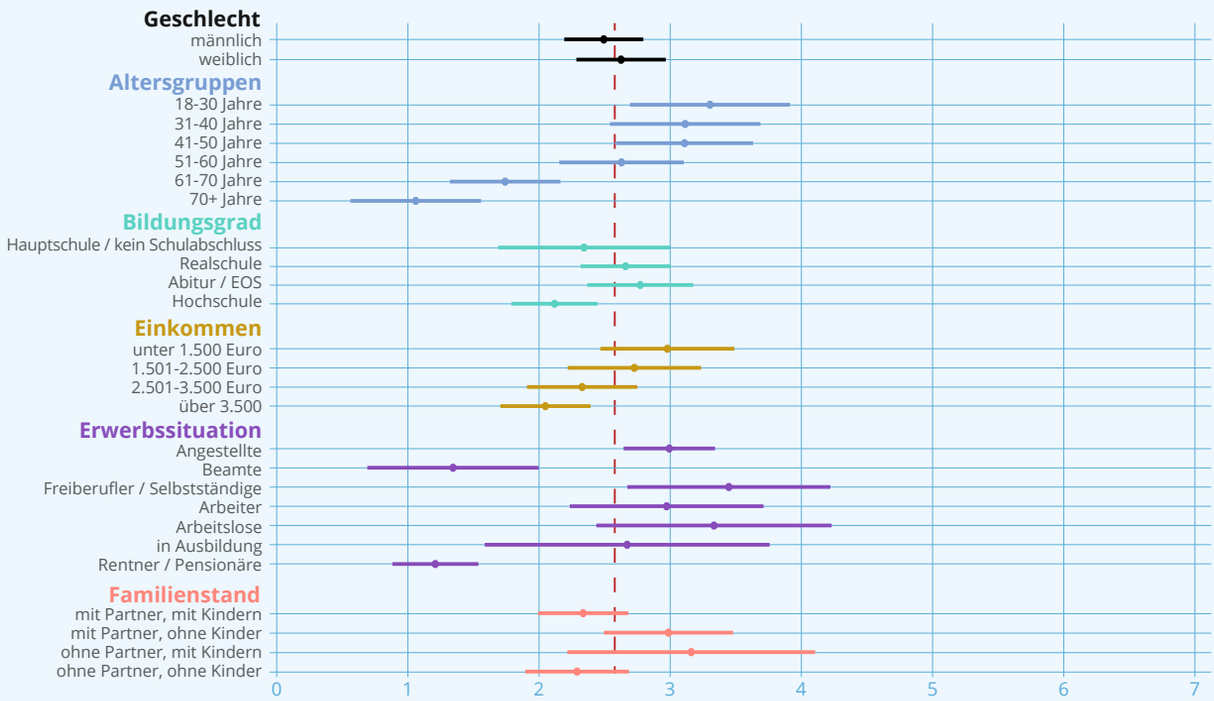
Abb. 6: Empfundene Belastungen durch die staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Antwortverteilung auf die Frage: „Wie stark haben Sie die bisherigen Corona-Maßnahmen insgesamt belastet?" (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe, n = 1.008).

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

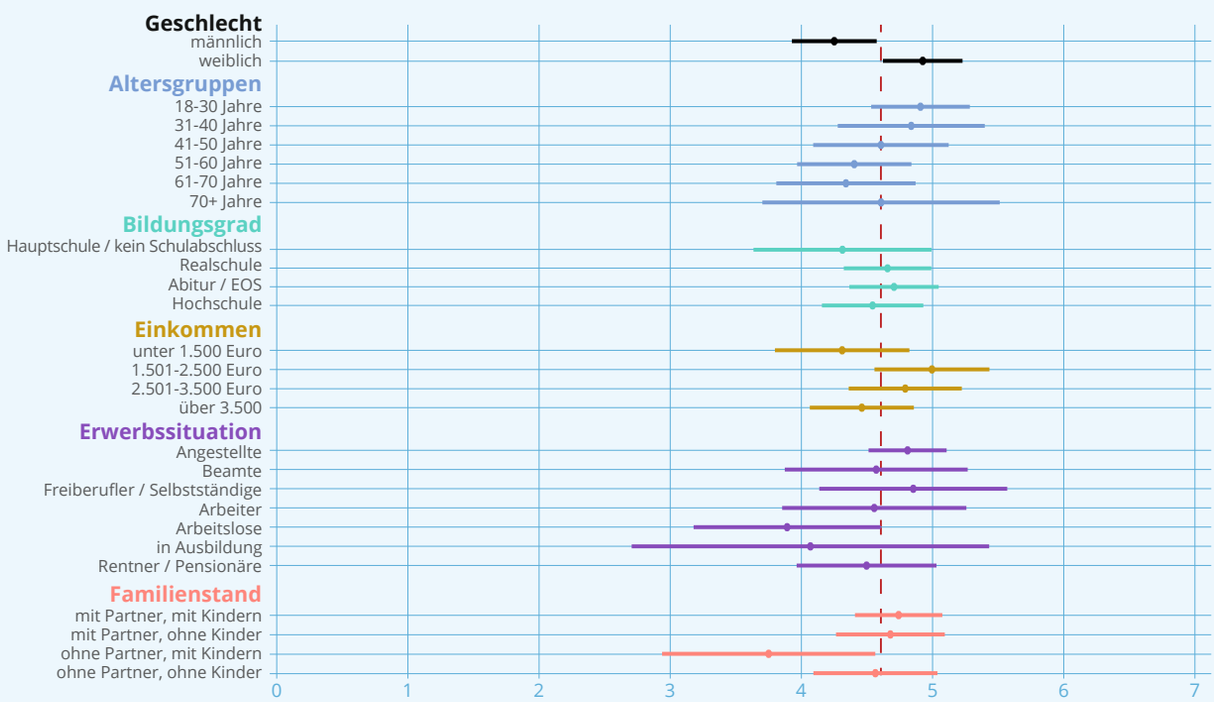
Abb. 7: Ökonomisches Belastungsempfinden nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten



Anmerkung: Die Punkte zeigen die Indexmittelwerte mit zugehörigen Konfidenzintervallen in unterschiedlichen Gruppen der sächsischen Bevölkerung. Je höher der Wert, umso stärker das jeweilige Belastungsempfinden. Die gestrichelte rote Linie markiert den Mittelwert für Sachsen insgesamt (hier: 2,56). Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, n = 1.008.

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

Abb. 8: Psychisch-soziales Belastungsempfinden nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten



Anmerkung: Die Punkte zeigen die Indexmittelwerte mit zugehörigen Konfidenzintervallen in unterschiedlichen Gruppen der sächsischen Bevölkerung. Je höher der Wert, umso stärker das jeweilige Belastungsempfinden. Die gestrichelte rote Linie markiert den Mittelwert für Sachsen insgesamt (hier: 4,60). Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, n = 1.008.

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

bei 2,56 liegt, ist er bei der erlebten Betroffenheit im psychisch-sozialen Bereich mit 4,60 deutlich höher. Da die beiden Skalen zum Teil unterschiedliche Spezifikationen aufweisen, werden sie bei der folgenden soziodemographischen, politischen und sozialräumlichen Einordnung getrennt voneinander betrachtet (Abb. 7 und 8).

Zunächst zeigen sich im Hinblick auf beide Formen empfundener Belastungen klare Zusammenhänge mit Alter, Einkommen und beruflicher Situation: Jüngere Sächsinnen und Sachsen fühlen sich stärker, Ältere und Menschen mit überdurchschnittlichen Einkommen hingegen eher weniger belastet als andere. Menschen der untersten Einkommensstufe, mit einem Einkommen von unter 1.500 Euro im Monat, aber auch Angestellte und vor allem Selbstständige spüren vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht überdurchschnittlich starke Belastungen. Bei Beamtinnen und Beamten sowie Rentnerinnen und Rentnern fällt diese Einschätzung genau umgekehrt aus. Arbeitslose klagen häufiger als andere über die wirtschaftlichen, seltener über die sozialen und psychische Folgen der Corona-Maßnahmen. Frauen wiederum beschreiben im Hinblick auf das psychologische und soziale Wohlbefinden deutlich stärkere Belastungen als Männer.

Mit Blick auf die jeweiligen Parteisympathien der Befragten lassen sich hier kaum klare Zusammenhänge ausmachen. Unter den Anhängern aller Parteien finden sich sowohl Menschen, die über die wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Folgen der Corona-Maßnahmen für das eigene Leben klagen, als auch solche, die eher wenige Einschränkungen und Belastungen angeben. Das gleiche gilt auch für die regionale Verteilung innerhalb Sachsens.

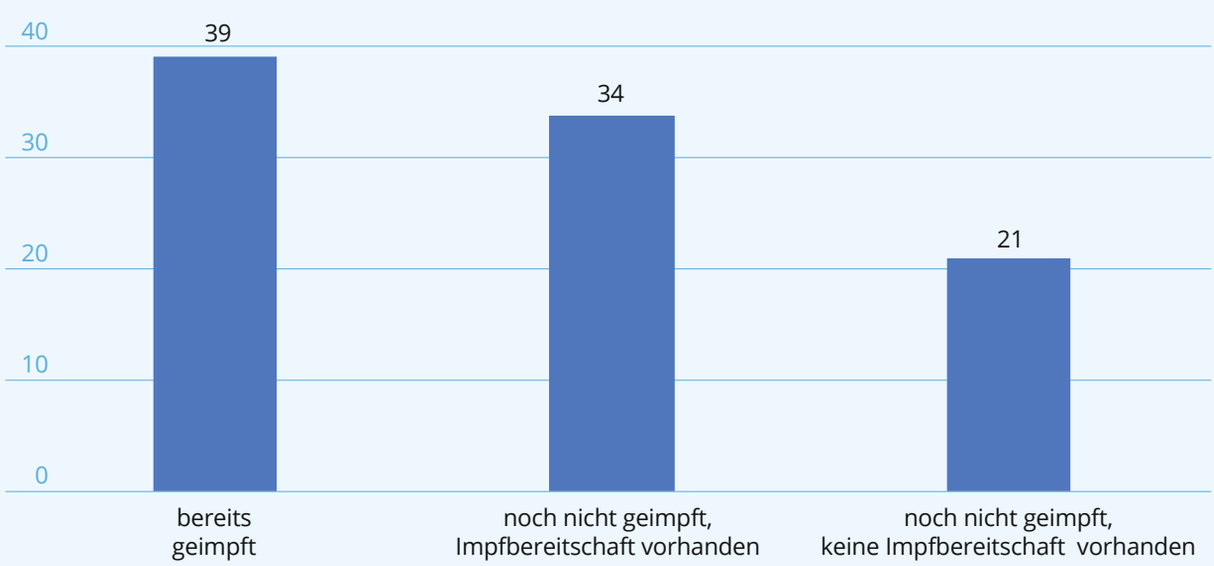
3. IMPFBEREITSCHAFT UND IMPFSKEPSIS

Auch zum Thema Impfung wurden die Sächsinnen und Sachsen repräsentativ befragt. Im Erhebungszeitraum vom 10. bis 15. Mai 2021 gaben dabei 39 Prozent der befragten Erwachsenen an, bereits mindestens einmal gegen COVID-19 geimpft worden zu sein. Dieser Anteil der geimpften Personen lag damit leicht unter dem Bundesdurchschnitt.[9] Unter den Geimpften war der Anteil Frauen mit 42 Prozent (Männer: 39 Prozent) leicht, der Anteil der Älteren verständlicherweise deutlich erhöht. In der Altersgruppe der über 65-Jährigen waren Mitte Mai rund zwei Drittel bereits mindestens einmal gegen Corona geimpft. Unter den Berufstätigen wiesen vor allem die Beamtinnen und Beamten mit 49 Prozent eine überdurchschnittliche Impfquote auf, Freiberuflerinnen und Freiberufler bzw. Selbstständige folgten mit 46 Prozent. Unterdurchschnittlich fiel die Impfquote hingegen bei Angestellten (30 Prozent) sowie Arbeiterinnen und Arbeitern (28 Prozent) aus.

Aufgrund der fortgeschrittenen Impfkampagne hat sich der Anteil der (auch vollständig) geimpften Sächsinnen und Sachsen inzwischen nochmals deutlich erhöht. Eine anhaltende Bedeutung dürfte daher vor allem den Ungeimpften zuwachsen. Auch innerhalb dieser Gruppe sind die Ergebnisse zunächst positiv: In Sachsen liegt die COVID-19-Impfbereitschaft der Bevölkerung insgesamt auf einem hohen Niveau: Deutlich über die Hälfte der noch ungeimpften Sächsinnen und Sachsen gibt an, sich „eher" oder „auf jeden Fall" impfen zu lassen. Insgesamt stehen damit rund 73 Prozent der Sächsinnen und Sachsen einer Impfung aufgeschlossen gegenüber oder haben sich bereits gegen Corona impfen lassen (Abb. 9).

Auf der anderen Seite ist jedoch auch ein bedeutender Teil der über 18-jährigen Bürgerinnen und Bürger noch immer ausgesprochen skeptisch gegenüber einer Impfung eingestellt: 9 Prozent lehnen eine Impfung gegen COVID-19 „eher" ab, ganze 12 Prozent geben sogar an, sich „auf keinen Fall" impfen zu lassen (Abb. 10). Im Bundesdurchschnitt äußerten dies zuletzt nur knapp 5 Prozent.[10]

Abb. 9: Impfungen und Impfbereitschaft in Sachsen (Angaben in Prozent)



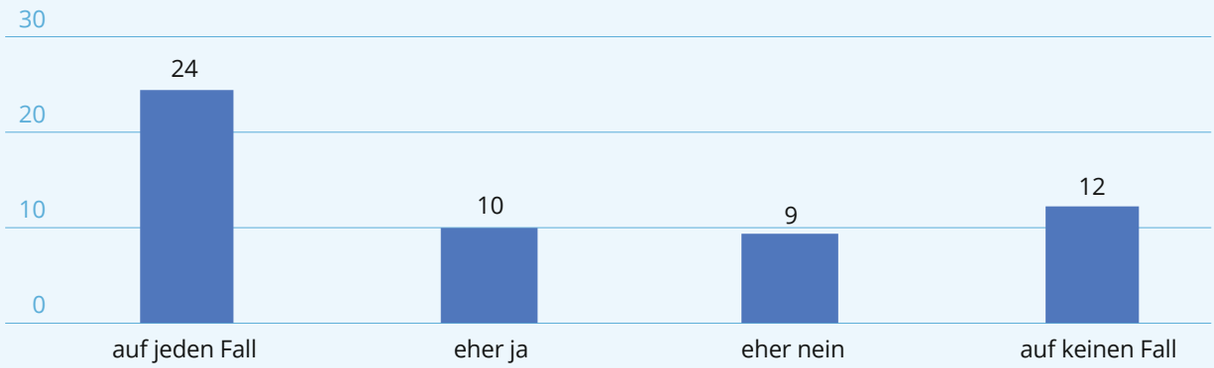
Anmerkung: Impfungen: Stand Mitte Mai 2021. Antwortverteilung auf die Fragen: „Sind Sie schon gegen Corona geimpft?" / „Werden Sie sich gegen Corona impfen lassen?" (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe, n = 1.008).

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

9 Zum Vergleich: Im Rahmen des COVIMO COVID-19 Impfquoten-Monitoring wurden im Zeitraum vom 21.04.21 bis 07.05.21 deutschlandweit 1.005 Erwachsene ebenfalls zur COVID-19-Impfung befragt. Von diesen gaben 42,5 Prozent (n = 427) der Befragten an, bereits mindestens einmal und 10,5 Prozent (n = 105) vollständig gegen COVID-19 geimpft worden zu sein (RKI 2021).

10 Vgl. RKI 2021.

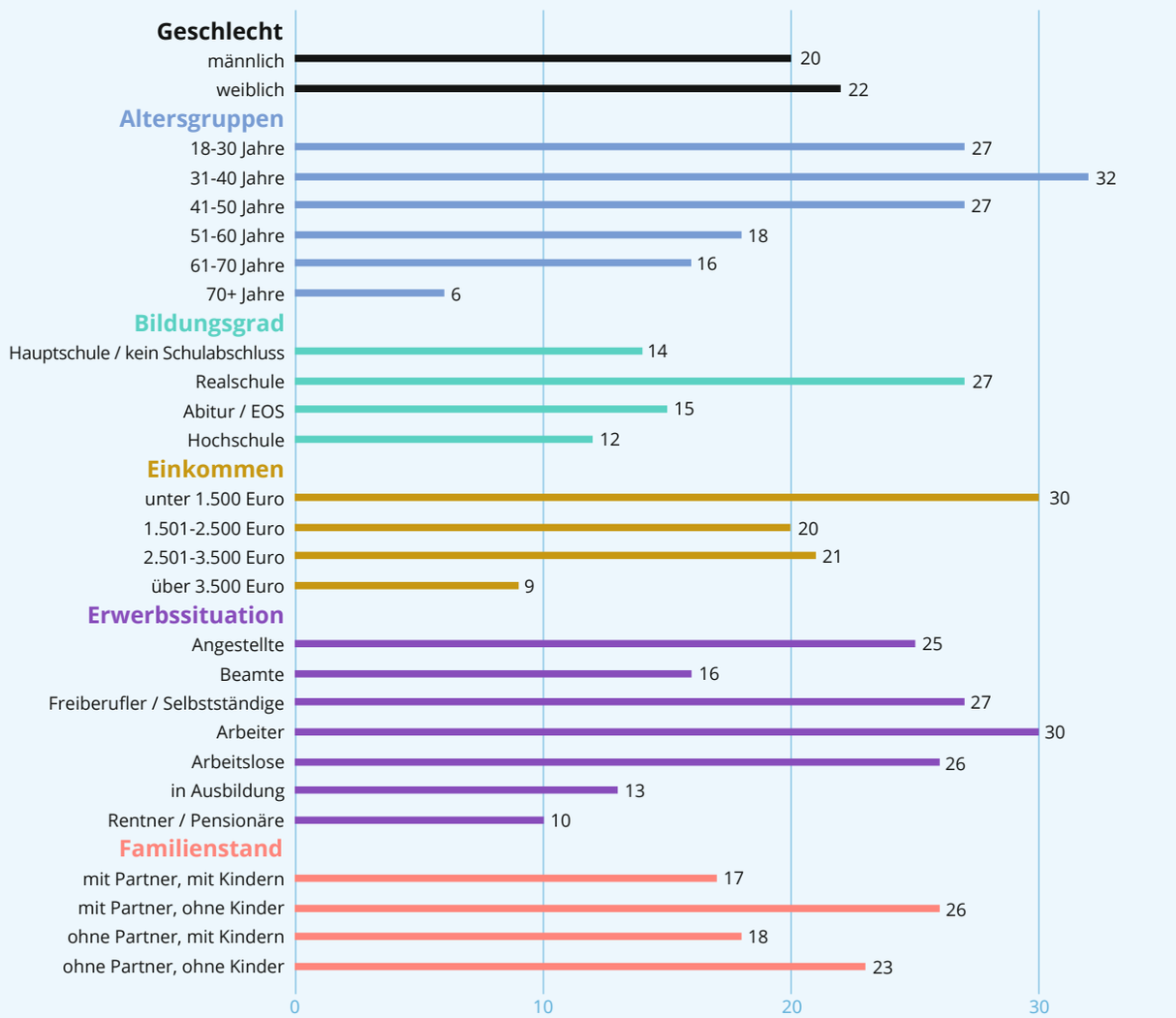
Abb. 10: Impfbereitschaft und Impfskepsis in Sachsen (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Antwortverteilung auf die Frage „Werden Sie sich gegen Corona impfen lassen?“ (fehlende Werte zu 100 Prozent: schon geimpft / weiß nicht / keine Angabe, n = 1.008).

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

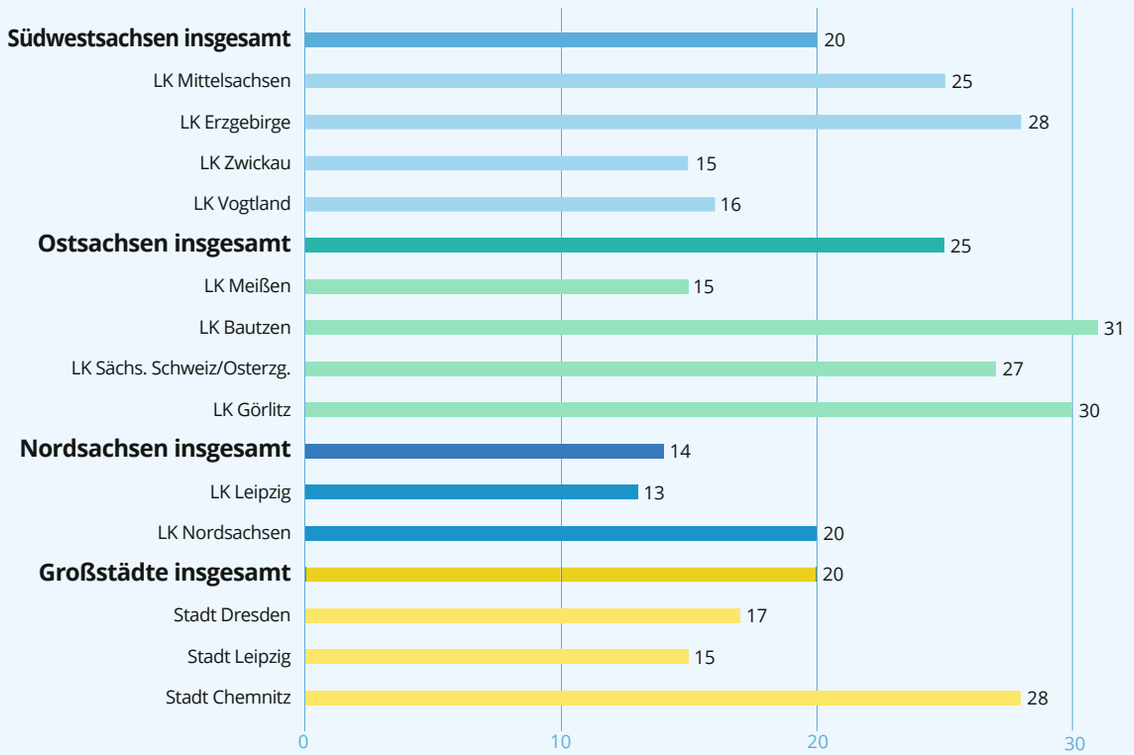
Abb. 11: Impfskepsis in Sachsen nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten (Angaben in Prozent)



Die Balken zeigen die Anteile der Befragten in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, die jeweils eine Impfung gegen COVID-19 ablehnen. Für Sachsen insgesamt beträgt der Anteil impfskeptischer erwachsener Personen 21 Prozent. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, n = 1.008.

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

Abb. 12: Impfskepsis in Sachsen nach Regionen (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Die Balken zeigen die Anteile der Befragten aus den unterschiedlichen Regionen, die jeweils eine Impfung gegen COVID-19 ablehnen. Für Sachsen insgesamt beträgt der Anteil impfskeptischer erwachsener Personen 21 Prozent. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, n = 1.008.
Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

Die Frage nach diesen ‚Impfskeptikern', ihren soziodemographischen, sozioökonomischen und politisch-kulturellen Spezifikationen dürfte auch für den weiteren Verlauf der Pandemie von Bedeutung sein. Gerade Sachsen könnte sich hier als ein Untersuchungsfeld erweisen, in dem das deutschlandweit bekannte Phänomen impfskeptischer Bevölkerungsteile in besonderer Ausprägung vorliegt und deshalb wie in einem Brennglas genauer analysierbar ist.

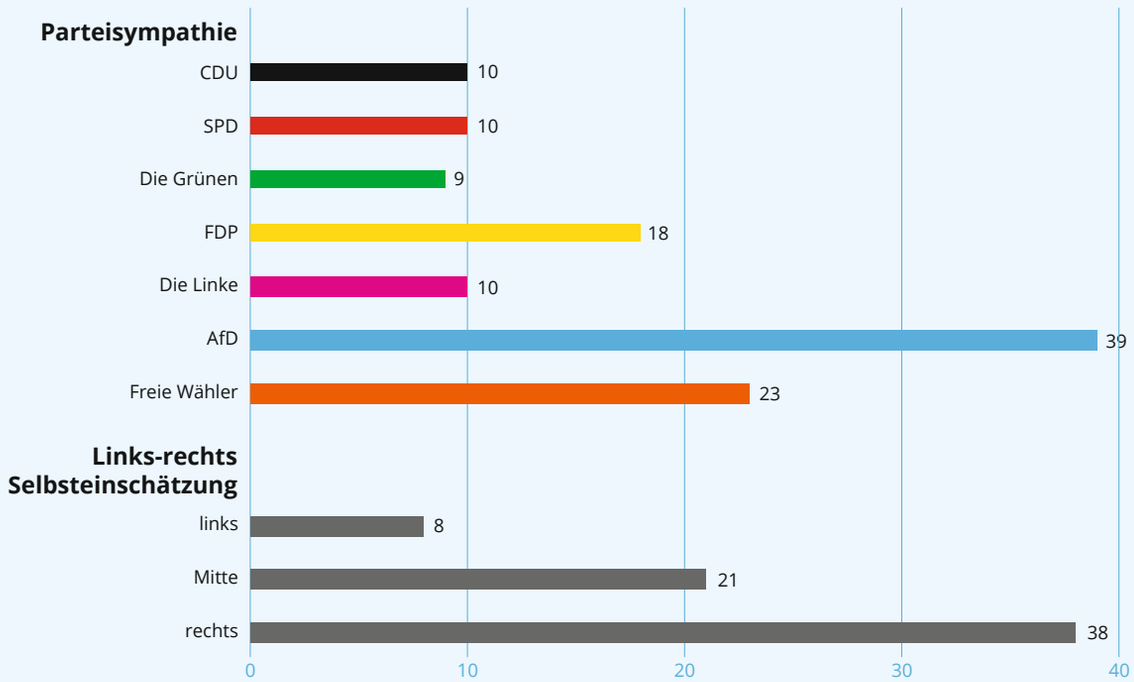
Auf Grundlage der vorliegenden Daten lässt sich die Gruppe der impfskeptisch eingestellten Personen zunächst in soziodemographischer Hinsicht genauer spezifizieren.[11] So war unter den Befragten der Anteil der Frauen leicht, der Anteil jüngerer Alterskohorten deutlich überrepräsentiert. Impfskeptikerinnen und -skeptiker in Sachsen besitzen häufig einen Realschulabschluss und haben eher ein unterdurchschnittliches Einkommen. Auch unter denen, die ohne Kinder im Haushalt leben wurde eine erhöhte Tendenz festgestellt, das Angebot einer Impfung gegen COVID-19 „auf gar keinen Fall" in Anspruch nehmen zu wollen (Abb. 11).

In sozialräumlicher Hinsicht sind viele Impfskeptiker in Ostsachsen zu Hause. In der hier vorliegenden Verteilung erweisen sich die Befragten aus den Landkreisen Bautzen und Görlitz als ebenso auffällig, wie jene aus der gesamten Region des Erzgebirges – von der Sächsischen Schweiz und dem Osterzgebirge über das Mittlere Erzgebirge bis hin zu den ehemaligen Landkreisen Annaberg, Stollberg und Aue-Schwarzenberg. Bemerkenswert erscheinen auch die Werte für Chemnitz. Die Vermutung, dass sich die Großstadt als urbanes Zentrum hier von den eher ländlich geprägten Regionen Südsachsens abheben würde, kann durch die vorliegenden Daten nicht bestätigt werden. Im Gegenteil: In keiner sächsischen Großstadt wurde ein höherer Anteil impfskeptisch eingestellter Personen ermittelt als in Chemnitz. In der Stadt Leipzig, dem Landkreis Leipzig, aber auch den Landkreisen Zwickau, Meißen und Vogtland fiel die ermittelte Impfskepsis unter den Befragten hingegen eher unterdurchschnittlich aus (Abb. 12).

In politischer Hinsicht zeigt sich erneut eine Links-rechts-Verschiebung. So sind jene Sächsinnen und Sachsen, die sich selbst rechts der Mitte verorten oder der AfD zuneigen, weit häufiger der Auffassung, sich selbst „eher nicht" oder „auf gar keinen Fall" impfen zu lassen. Für die anderen Parteien trifft dies nicht zu. Einzig jene Befragte, welche die FDP oder Freie Wähler positiv bewerteten, waren im Schnitt etwas impfskeptischer eingestellt (Abb. 13).

11 Diese Befunde decken sich zu großen Teilen mit den Ergebnissen von RKI 2021 und Betsch 2021.

Abb. 13: Impfskepsis in Sachsen nach politischen Merkmalen der Befragten



Anmerkung: Die Punkte zeigen die Anteile der Befragten in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, die jeweils eine Impfung gegen COVID-19 ablehnen. Für Sachsen insgesamt beträgt der Anteil impfskeptischer erwachsener Personen 21 Prozent. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, n = 1.008.

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

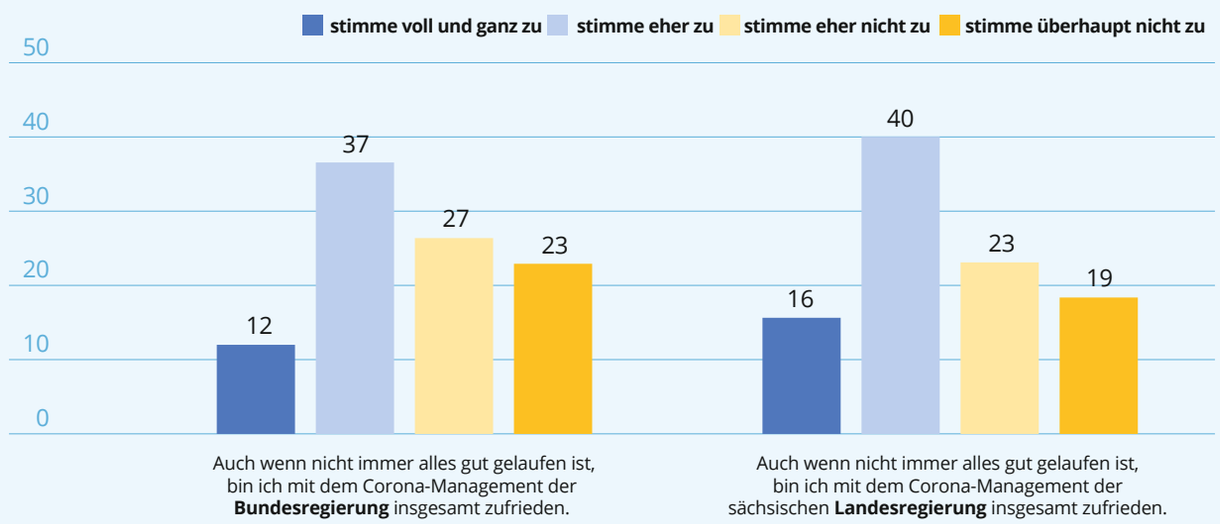
4. BEWERTUNG DES CORONA-MANAGEMENTS DER REGIERUNG

Wie bewerten die Menschen nun insgesamt das Corona-Management von Bundes- und Landesregierung? Diese Frage gehörte bisher zum Standardrepertoire sozialwissenschaftlicher Befragungsreihen, die sich mit COVID-19 befasst haben. Auch im Rahmen der Untersuchung über die sozialräumlichen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie in Sachsen wurde sie gestellt und dabei sowohl auf die Arbeit der Bundesregierung als auch der Landesregierung bezogen (Abb. 14).

Im Ergebnis zeigte sich eine Mehrheit der befragten Sächsinnen und Sachsen mit dem Corona-Management der Regierung zufrieden, wobei die Zufriedenheit mit der sächsischen Landesregierung mit 56 Prozent nochmals deutlicher ausfiel als jene mit der Bundesregierung in Berlin (49 Prozent Zufriedenheit). Die starke Abstufung zwischen „stimmen voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ könnte dahingehend interpretiert werden, dass hier dennoch gewisse Vorbehalte vorliegen, denn in beiden Fällen war eine übergroße Mehrheit lediglich dazu geneigt, ihre Zufriedenheit mit dem Corona-Management „eher“ und nicht „voll und ganz“ zu bekunden. Auf der anderen Seite fiel die bekundete Unzufriedenheit deutlicher aus: Mit dem Corona-Management der sächsischen Landesregierung zeigten sich 42 Prozent, mit dem der Bundesregierung sogar 50 Prozent der Befragten insgesamt unzufrieden, wovon jeweils rund die Hälfte den entsprechenden Aussagen „überhaupt nicht“ zustimmte.

Die Stimmung in der sächsischen Bevölkerung ist damit dennoch leicht positiver, als dies zuletzt in vergleichbaren Untersuchungen ermittelt wurde. So bewerteten in einer deutschlandweiten Befragung des Instituts YouGov zuletzt etwa 55 Prozent den Umgang der Bundesregierung mit der Corona-Krise als „schlecht“. Im ARD-DeutschlandTREND von Infratest dimap waren im April 2021 sogar noch 79 Prozent der Befragten mit „dem Corona-Management von Bund und Ländern“ unzufrieden.[12]

Abb. 14: Bewertung des Corona-Managements der Bundesregierung und der sächsischen Landesregierung (Angaben in Prozent)

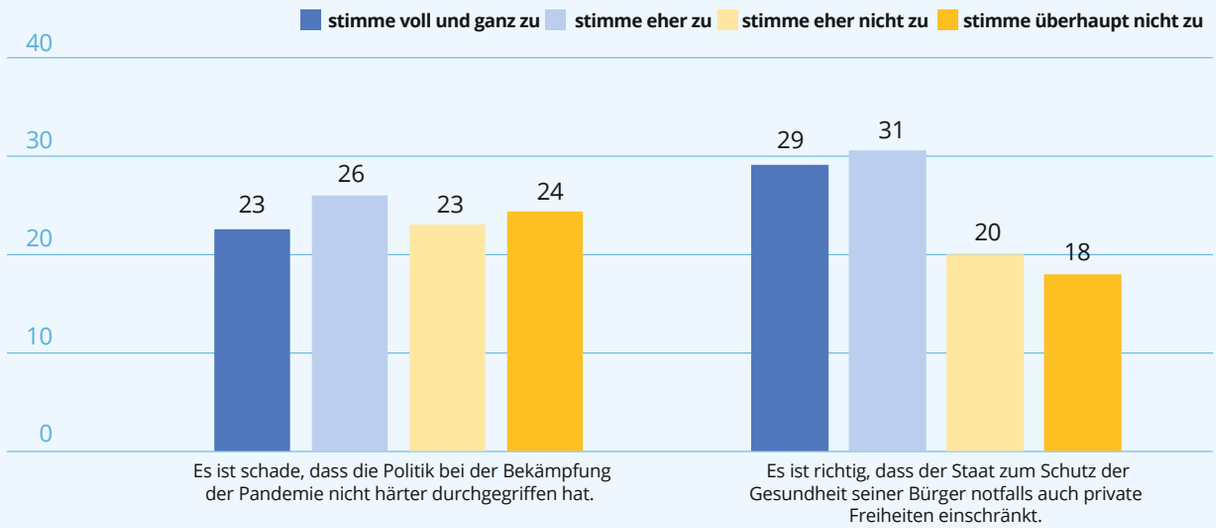


Anmerkung: Zustimmungswerte zu den dargestellten Aussagen (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe, n = 1.008).

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

12 Sonnenberg 2021; Infratest dimap 2021.

Abb. 15: Allgemeine Bewertung von Einschränkungen und Freiheitsbeschränkungen während der Pandemie (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Zustimmungswerte zu den dargestellten Aussagen (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe, n = 1.008).

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

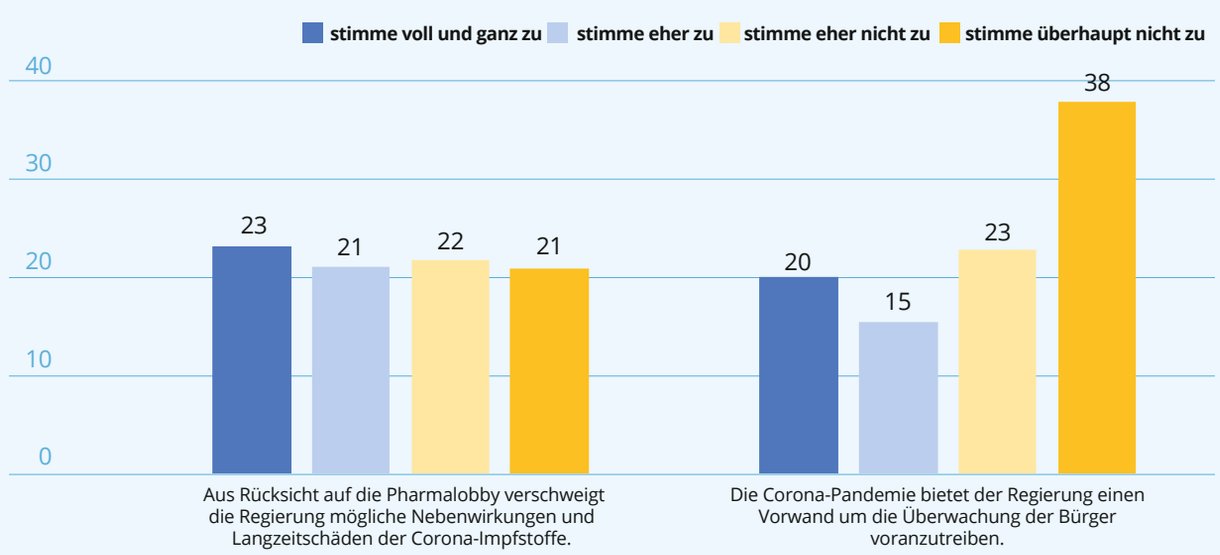
Offensichtlich kann die auch in Sachsen verbreitete Unzufriedenheit mit dem staatlichen Management der Corona-Pandemie aber nicht ohne Weiteres als Kritik an der Härte der Corona-Maßnahmen oder als Wunsch nach Lockerungen interpretiert werden. So fand eine relative Mehrheit von 49 Prozent der Befragten es zugleich schade, „dass die Politik bei der Bekämpfung der Pandemie nicht härter durchgegriffen hat“. Ganze 60 Prozent der Sächsinnen und Sachsen halten es außerdem für richtig, „dass der Staat zum Schutz der Gesundheit seiner Bürger notfalls auch private Freiheiten einschränkt“ (Abb. 15).

5. CORONA-SKEPTISCHE EINSTELLUNGEN

Im Rahmen der vorliegenden Studie zu den sozialräumlichen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie in Sachsen sollten sich die Befragten auch zu Aussagen positionieren, welche die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 eher in einen verschwörungstheoretischen Kontext rücken. So wurde einerseits gefragt, inwiefern man der Meinung sei, „aus Rücksicht auf die Pharmalobby" verschweige „die Regierung mögliche Nebenwirkungen und Langzeitschäden der Corona-Impfstoffe". Andererseits wurde die Zustimmung zur Aussage ermittelt, die Regierung nutze die Pandemie eher als Vorwand, „um die Überwachung der Bürger voranzutreiben". Mit einem Anteil von 44 Prozent bzw. 35 Prozent fiel die Zustimmung zu diesen Aussagen bemerkenswert hoch aus. 23 Prozent bzw. 20 Prozent stimmten hier sogar „voll und ganz" zu. Dass beim Thema ‚Impfstoffe' die ‚Pharmalobby' zum Nachteil der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger das Regierungshandeln beeinflusst, glaubt damit sogar eine relative Mehrheit der Sachsen, wobei hier allerdings zugleich 13 Prozent keine Angabe machten (Abb. 16).

Bundesweite Untersuchungen kommen hier zu uneinheitlichen Ergebnissen. Einige ermittelten mit ähnlichen Fragen zum Teil deutlich niedrigere[13], andere hingegen deutlich höhere[14] Zustimmungswerte. Im Thüringen-Monitor wurde im Oktober 2020 die Zustimmung zu Corona-bezogenem Verschwörungsdenken wiederum mit der Aussage gemessen: „Es gibt geheime Organisationen, die während der Corona- Krise großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben". 30 Prozent der befragten Thüringerinnen und Thüringer stimmten hier „eher" oder „voll und ganz" zu.[15] Eine vergleichende Befragung des *Centre de recherches politiques* am Institut für politische Studien in Paris (Sciences Po) legte im Februar 2021 im Rahmen des *Baromètre de la confiance politique* ebenfalls je eine Aussage zur „Überwachung der Bürger" und zum „Einfluss der Pharmalobby" vor. Beide Fragestellungen waren fast identisch zu denen, wie sie in der vorliegenden Studie zu den sozialräumlichen und politisch-kulturelle Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie in Sachsen Verwendung finden. Hinsichtlich der „Überwachung der Bürger" wurden dabei Zustimmungswerte von 42 Prozent

Abb. 16: Corona-bezogene Vorbehalte gegenüber der Regierung (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Zustimmungswerte zu den dargestellten Aussagen (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe, n = 1.008).

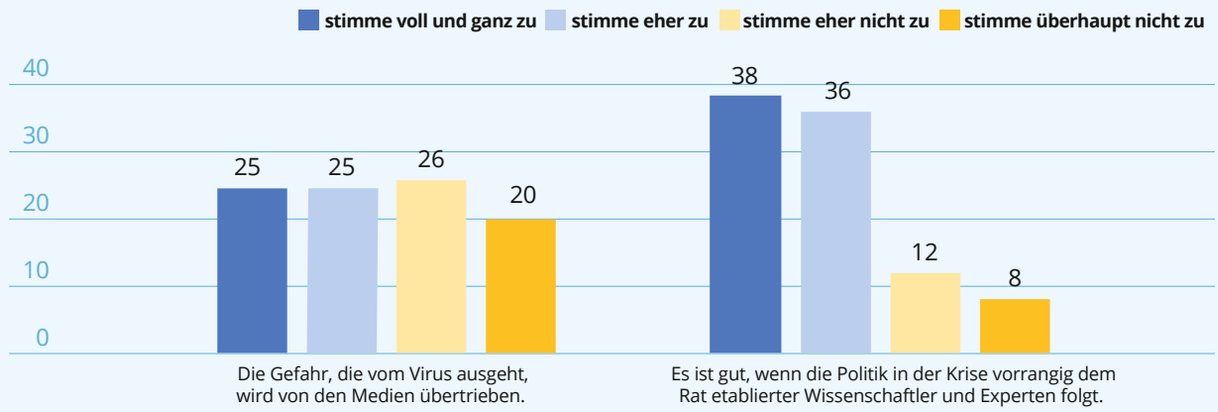
Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

13 Vgl. Rees et al. 2020.

14 Vgl. Decker et al. 2020, S. 202; Schließler et al. 2020: 301 ff.

15 Reiser et al. 2021, S. 46 ff.

Abb. 17: Corona-bezogene Vorbehalte gegenüber Medien und Wissenschaft (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Zustimmungswerte zu den dargestellten Aussagen (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe, n = 1.008).

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

für Frankreich, 41 Prozent für Großbritannien, 40 Prozent für Italien und 39 Prozent für Deutschland erzielt. Der Aussage zum „Einfluss der Pharmalobby" stimmten hier europaweit 33 Prozent der Befragten zu (Frankreich: 36 Prozent, Deutschland: 32 Prozent).[16]

Dass „die Gefahr, die vom Virus ausgeht" in den Medien „übertrieben" wird, glaubt die Hälfte aller Sächsinnen und Sachsen, wobei 25 Prozent dem sogar „voll und ganz" zustimmen (Abb. 17). Dieser Wert, der ebenfalls bemerkenswert hoch ausfällt, entspricht ganz dem Ausmaß der Zustimmung in Thüringen: Im Thüringen-Monitor wurde im Oktober 2020 die gleiche Aussage vorgelegt und von 49 Prozent der Befragten „voll und ganz" oder „eher" unterstützt.

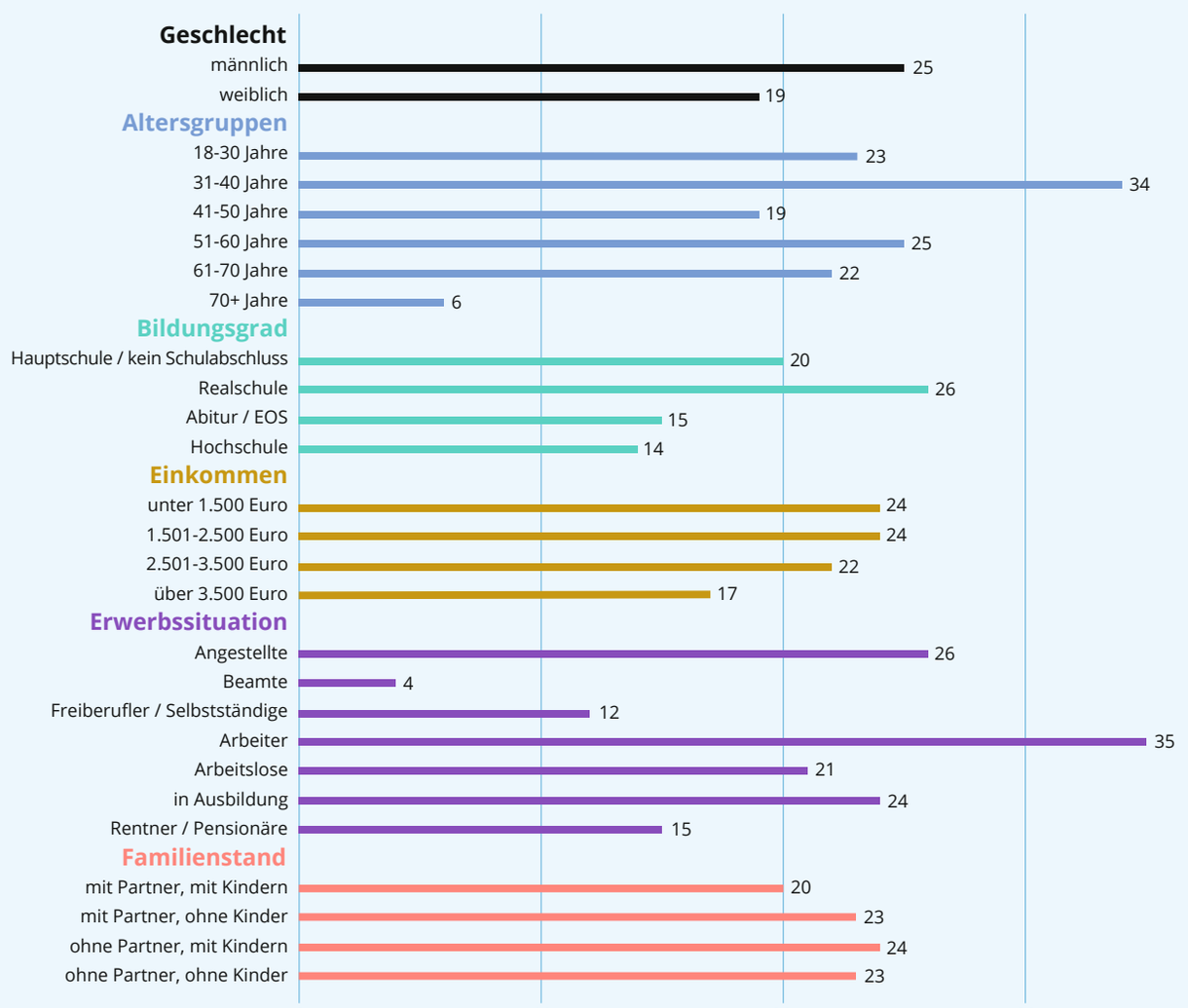
Was die Rolle von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Expertinnen und Experten in der Pandemie betrifft, ergibt sich in Sachsen ein eindeutigeres Meinungsbild. Dass die Politik in der Krise vorrangig dem Rat dieser Expertinnen und Experten folgt, findet eine überwältigende Mehrheit von 74 Prozent der Sächsinnen und Sachsen gut. Die Skepsis gegenüber der Wissenschaft kann damit insgesamt als nur schwach ausgeprägt gelten, auch wenn immerhin 20 Prozent eine gegenläufige Auffassung äußerten.

16 Vgl. Sciences Po/CEVIPOF 2021a. Für Frankreich wurden dieselben Items im Mai 2021 erneut abgefragt, wobei ebenfalls 47 Prozent der Aussage zur „Überwachung der Bürger", 39 Prozent der Aussage zum „Einfluss der Pharmalobby" zustimmten (Sciences Po/CEVIPOF 2021b).

6. CORONA-BEZOGENES VERSCHWÖRUNGS-DENKEN

Auf der Grundlage von Verteilungs- und Faktorenanalysen lassen sich die in Abschnitt 5 dargestellten Corona-skeptischen Einstellungen ebenfalls zu einer Skala zusammenfassen. Eingang in diese Skala findet das Antwortverhalten auf die beiden in Abb. 16 abgetragenen Vorbehalte gegenüber der Regierung sowie die in Abb. 17 (links) dargestellte Medienskepsis. Personen, die allen drei Aussagen „voll und ganz“ oder „eher“

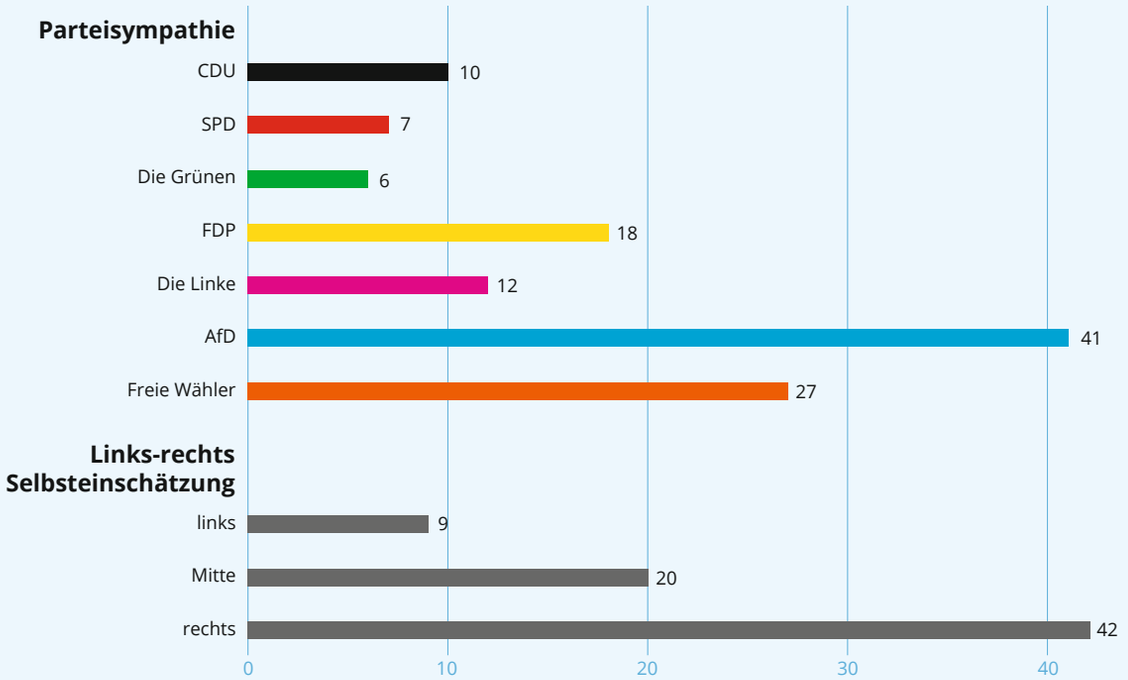
Abb. 18: Corona-bezogenes Verschwörungsdenken nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Die Balken zeigen für verschiedene Gruppen der sächsischen Bevölkerung die Anteile derjenigen Personen, die jeweils allen drei der in Abschnitt 5 beschriebenen Corona-skeptischen Aussagen „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmen. Für Sachsen insgesamt liegt der Anteil dieser Personen bei 22 Prozent. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, n = 1.008.

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

Abb. 19: Corona-bezogenes Verschwörungsdenken nach politischen Merkmalen der Befragten (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Die Balken zeigen für verschiedene Gruppen der sächsischen Bevölkerung die Anteile derjenigen Personen, die jeweils allen drei der in Abschnitt 5 beschriebenen Corona-skeptischen Aussagen „voll und ganz" oder „eher" zustimmen. Für Sachsen insgesamt liegt der Anteil dieser Personen bei 22 Prozent. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, n = 1.008.

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

zustimmen, kann dabei die Tendenz zu einem „Corona-bezogenem Verschwörungsdenkens" attestiert werden. Ihr Antwortverhalten lässt eine gewisse Neigung erkennen, dem Handeln von Politik, Medien und Verbänden zu misstrauen, gar eine ‚geheime Agenda' zu unterstellen. Sie halten die Gefahr durch COVID-19 insgesamt für übertrieben und scheinen unter Umständen auch diesbezüglichen Verschwörungstheorien zugeneigt.

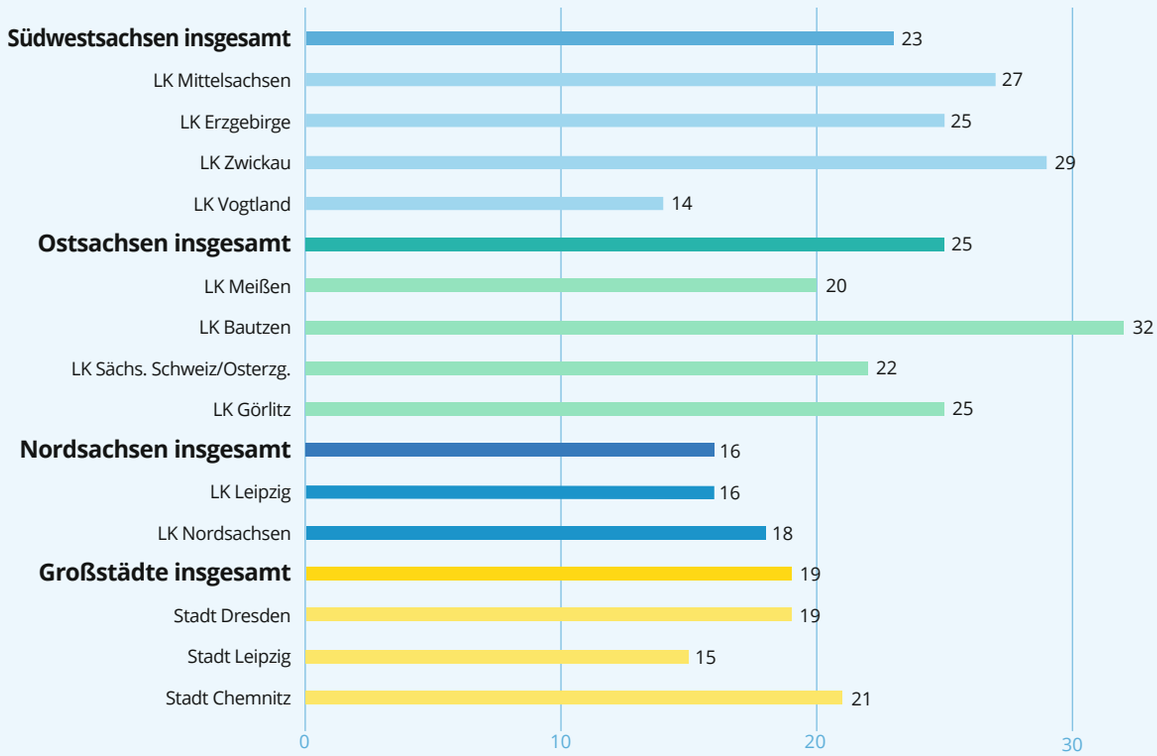
Auf Basis dieser Modellierung können rund 22 Prozent der Sächsinnen und Sachsen als Anhänger dieses Denkens identifiziert werden. Hinsichtlich der Ausprägung in einzelnen Teilen der sächsischen Bevölkerung ergibt sich dabei das folgende Bild (Abb. 18).

So sind eher Männer als Frauen, eher Arbeiter als Selbstständige für Corona-bezogenes Verschwörungsdenken anfällig. Erneut zeigen sich insbesondere Personen der Altersgruppe zwischen 31 und 40 Jahren sowie mit Realschulabschluss exponiert. Hinsichtlich der Bewertung einzelner Parteien sind es ebenfalls erneut die Sympathisanten der AfD, die den entsprechenden Aussagen überdurchschnittlich häufig zustimmen (Abb. 19). Fragt man nach der Verbreitung innerhalb Sachsens, so lieferte die Untersuchung das in Abb. 20 dargestellte Bild. Demnach stimmten die befragten Sächsinnen und Sachsen allen Aussagen eines Corona-bezogenem Verschwörungsdenken am häufigsten in den Landkreisen Bautzen, Zwickau und Mittelsachsen zu. Verworfen wurden dieselben Aussagen hingegen häufig im Landkreis Leipzig und Vogtland, sowie der Stadt Leipzig.

Wer es gut findet, dass „die Politik in der Krise vorrangig dem Rat etablierter Wissenschaftler und Experten folgt", der tendiert weniger dazu, Corona-skeptischen Aussagen zuzustimmen. Umgekehrt aber sind selbst unter den Sächsinnen und Sachsen, die einzelnen Aussagen eines Corona-bezogenen Verschwörungsdenkens zuneigen, noch immer rund zwei Drittel der Auffassung, die Politik sollte „in der Krise vorrangig dem Rat etablierter Wissenschaftler und Experten" folgen. Eine ausgeprägte Corona-bezogene Regierungs- und Medienskepsis scheint damit in Sachsen nicht zwangsläufig mit wissenschaftsfeindlichen Orientierungen einherzugehen.[17] Unter denen allerdings, die allen drei der in Abschnitt 5 beschriebenen Corona-skeptischen Aussagen „voll und ganz" oder „eher" zustimmen, ist eine relative Mehrheit nicht der Auffassung, dass man in der Krise „vorrangig dem Rat etablierter Wissenschaftler und Experten" folgen sollte (Abb. 21).

17 Im Thüringen-Monitor 2021 gaben ebenfalls 58 Prozent der Befragten an, dem Rat von Expertinnen und Experten eher zu vertrauen als den eigenen Einschätzungen. Hier wurde die Aussage vorgelegt: „Ich vertraue meinen Gefühlen mit Blick auf den Umgang mit Corona mehr als sogenannten Experten" (vgl. Reiser 2021, S. 25).

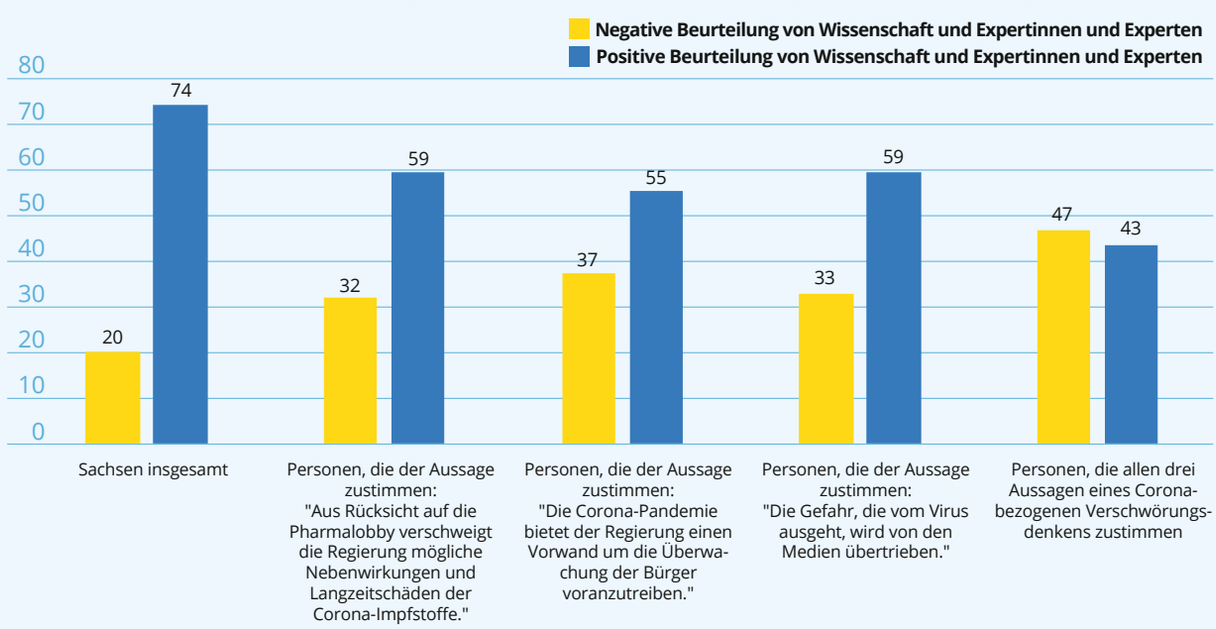
Abb. 20: Corona-bezogenes Verschwörungsdenken in unterschiedlichen Regionen Sachsens (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Die Balken zeigen für verschiedene Regionen in Sachsen die Anteile derjenigen Personen, die jeweils allen drei der in Abschnitt 5 beschriebenen Corona-skeptischen Aussagen „voll und ganz" oder „eher" zustimmen. Der Mittelwert für Sachsen insgesamt beträgt 22 Prozent. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, n = 1.008.

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

Abb. 21: Corona-bezogenes Verschwörungsdenken und Vertrauen in Wissenschaft und Expertentum (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Anteile der Befragten, die sich negativ bzw. positiv gegenüber der Rolle von Wissenschaftlern und Experten während der Pandemie äußerten: jeweils bezogen auf Sachsen insgesamt sowie die Gruppe derjenigen Personen, die einzelnen oder allen drei der in Abschnitt 5 beschriebenen Corona-skeptischen Aussagen „voll und ganz" oder „eher" zustimmen (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe, n = 1.008).

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

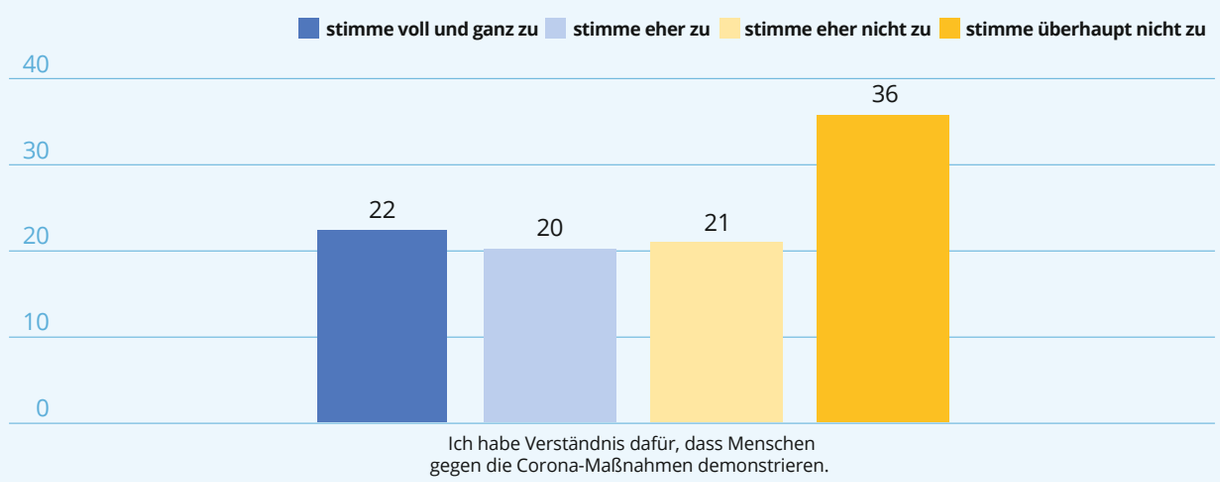
7. VERSTÄNDNIS GEGENÜBER CORONA-PROTESTEN

Auch die Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, welche oft von Gruppierungen wie den sog. „Querdenkern“ initiiert wurden, werden in der sächsischen Bevölkerung unterschiedlich bewertet: Eine Mehrheit von 57 Prozent steht den Protesten eher distanziert bis ablehnend gegenüber. 36 Prozent können einer verständnisvollen Bewertung der Corona-Proteste sogar „überhaupt nicht“ zustimmen (Abb. 22).

Auf der anderen Seite äußern aber auch 42 Prozent der Sächsinnen und Sachsen Verständnis, davon rund die Hälfte sogar großes Verständnis für die Proteste – ein Wert, der in etwa im Bereich dessen liegt, was an anderer Stelle auch für Gesamtdeutschland ermittelt wurde.[18] Beschreibt man diese Personengruppe, die den Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung eher aufgeschlossen gegenübersteht, hinsichtlich ihrer soziodemographischen, sozialräumlichen und politischen Spezifikationen genauer, so ergibt sich zunächst das bekannte Muster: Es handelt sich eher um Männer (53 Prozent Zustimmung), als um Frauen (33 Prozent), darunter viele mit mittleren Bildungskarrieren, aber durchaus auch mit Abitur und Universitätsabschluss. AfD-Anhängerinnen und Anhänger und sich eher als „rechts“ beschreibende Personen sind deutlich überrepräsentiert. Nach Tätigkeitsmerkmalen erweisen sich Auszubildende, Arbeiterinnen und Arbeiter, allerdings auch Beamtinnen und Beamte als deutlich verständnisvoller gegenüber den Protesten als etwa Rentnerinnen und Rentner oder Freiberuflerinnen und Freiberufler. In einzelnen Einkommensgruppen zeichnet sich hingegen kein Zusammenhang ab: Gutverdienende äußern sich ähnlich häufig verständnisvoll gegenüber den Corona-Demonstrationen wie Geringverdienende.

Was die sozialräumliche Verteilung dieser Personen betrifft, so kann kein klassischer Unterschied zwischen den Großstädten und den eher ländlich geprägten Regionen Sachsens festgestellt werden. So ist das Verständ-

Abb. 22: Bewertung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Zustimmungswerte zur dargestellten Aussage über die Corona-Demonstrationen (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe, n = 1.008).

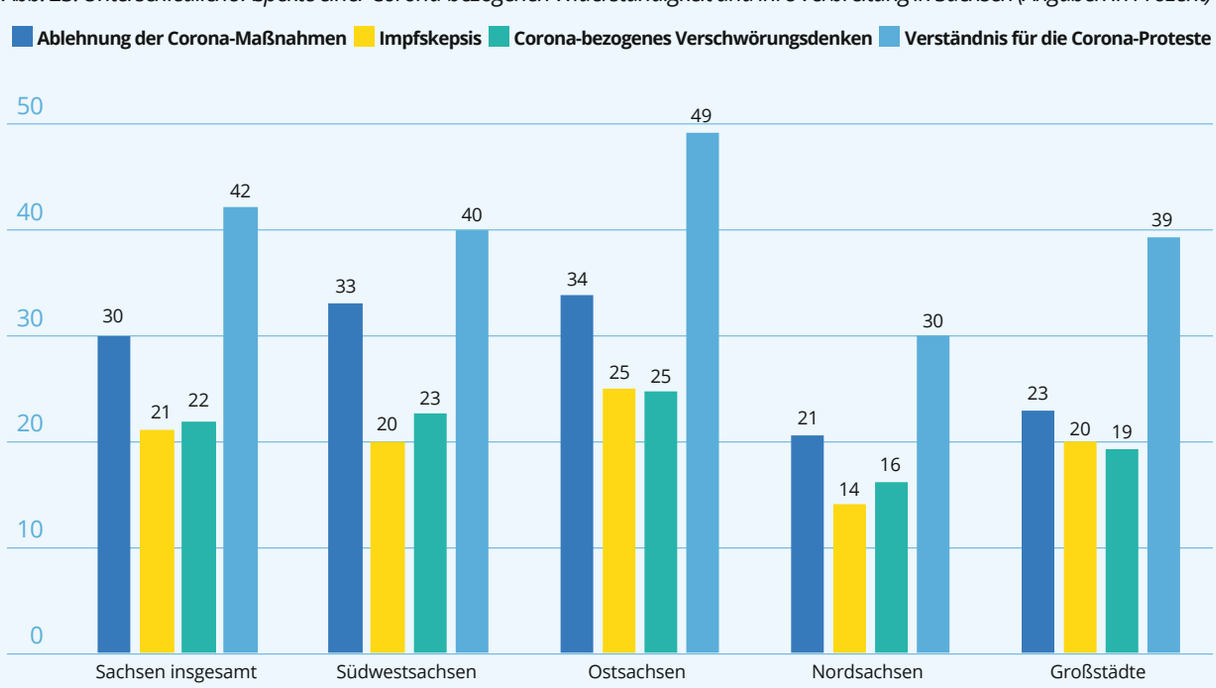
Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

18 Zum Vergleich: In einer deutschlandweiten Untersuchung durch das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) wurde zwischen Juni und November 2020 in acht Erhebungswellen ebenfalls nach dem Verständnis „für die Menschen, die gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen an Demonstrationen teilgenommen haben“, gefragt. Auch hier gaben jeweils zwischen 35 und 45 Prozent der Befragten an, „sehr viel“, „viel“ oder zumindest „etwas“ Verständnis zu besitzen (Grande et al. 2021, S. 9 f.).

nis für die Proteste von Initiativen wie „Querdenken“ in Ostsachsen besonders stark, in der Stadt Dresden überdurchschnittlich stark, in Nordsachsen und der Stadt Leipzig hingegen besonders schwach ausgeprägt. Besonders viele Befragte äußerten sich positiv zu den Demonstrationen in den Landkreisen Görlitz, Bautzen, Sächsische Schweiz und Erzgebirge.

Neben Maßnahmenskepsis, Impfskepsis und Corona-bezogenem Verschwörungsdenken kann eine verständnisvolle Bewertung der Corona-Proteste als weiterer Indikator für ein Einstellungsmuster gelten, das dem Pandemiegeschehen sowie den staatlichen Eindämmungsmaßnahmen insgesamt kritisch gegenübersteht. Betrachtet man die sozialräumliche Verteilung dieser Indikatoren, so ergibt sich das in Abb. 23 dargestellte Bild. Hier deutet sich eine Zweiteilung des Landes an: Ostsachsen und Südwestsachsen weisen in allen Kategorien im Schnitt höhere Werte auf, als Nordsachsen und die Großstadtregionen. Die Befragten in Ostsachsen erschienen dabei noch kritischer als in Südwestsachsen (Abb. 23). Sowohl was die Maßnahmenablehnung, die Impfskepsis, Corona-bezogenem Verschwörungsdenken und eine verständnisvolle Bewertung der Corona-Proteste betrifft, wiesen dabei die befragten Personen in den Landkreisen Sächsische Schweiz/Osterzgebirge und Mittelsachsen sowie insbesondere in den Landkreisen Görlitz, Bautzen und Erzgebirge besonders hohe, in den Landkreisen Leipzig, Nordsachsen und Vogtland besonders niedrige Werte auf. Unter den Großstädten verzeichnen Befragte aus den beiden Städten Chemnitz und Dresden in der Regel deutlich höhere Werte als Personen aus ländlichen Regionen in Nordsachen und der Stadt Leipzig.

Abb. 23: Unterschiedliche Aspekte einer Corona-bezogenen Widerständigkeit und ihre Verbreitung in Sachsen (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Die Balken zeigen für verschiedene Regionen in Sachsen jeweils die Anteile derjenigen Personen, denen ausgeprägte Maßnahmenskepsis[19], Impfskepsis[20], Corona-bezogenes Verschwörungsdenken[21] bzw. Verständnis für die Corona-Proteste[22] zugeschrieben werden kann. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet, n = 1.008.

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

19 Der Prozentwert gibt hier jeweils den Anteil derjenigen Befragten an, die mindestens vier der fünf abgefragten Maßnahmen als „eher nicht sinnvoll“ bzw. „überhaupt nicht sinnvoll“ bewerteten.

20 Vgl. Abschnitt 3.

21 Der Prozentwert gibt hier jeweils den Anteil derjenigen Befragten an, die allen drei der in Abschnitt 5 beschriebenen Corona-skeptischen Aussagen „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmten.

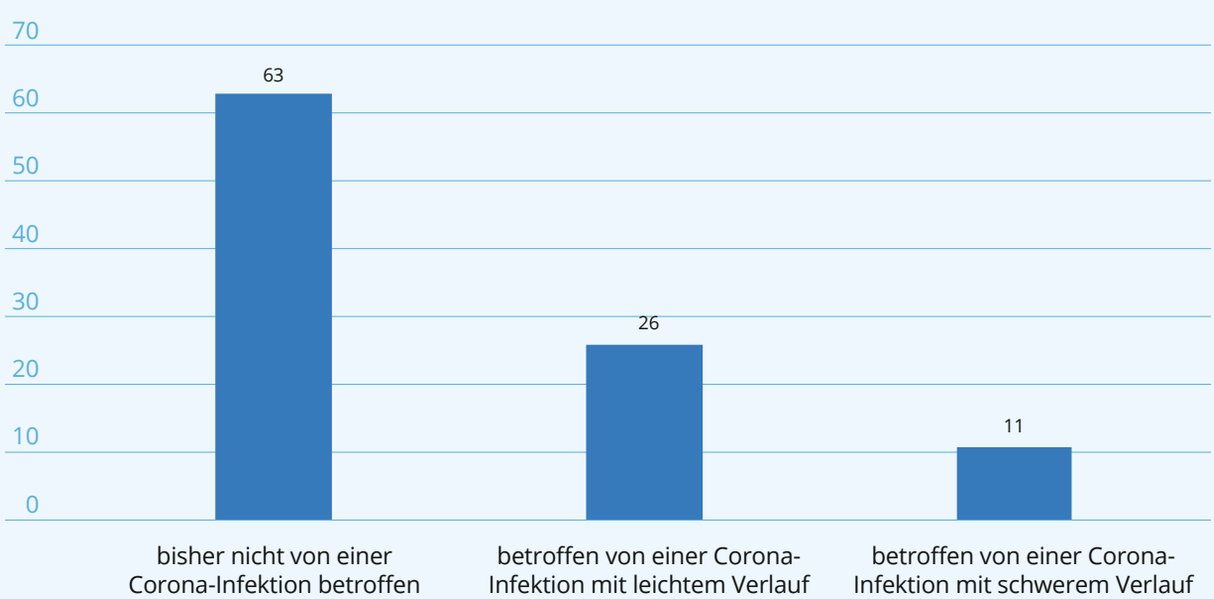
22 Vgl. Abschnitt 7.

8. PERSÖNLICHE BETROFFENHEIT VON EINER CORONA-INFEKTION

Zum Schluss gilt es noch die Rolle einer persönlichen Betroffenheit durch COVID-19 und deren Einfluss auf das Antwortverhalten abzuschätzen. Danach gefragt, ob „Sie selbst oder einer Ihrer nächsten Angehörigen (Freunde, Bekannte, Familie)“ bereits von einer Corona-Infektion betroffen waren, antworteten 37 Prozent der Befragten mit „ja“, 63 Prozent mit „nein“. Von denen, die selbst oder in ihrem näheren Umfeld bereits eine Corona-Infektion erlebt hatten, gab wiederum knapp ein Drittel an, dass diese Erkrankung einen „schweren Verlauf“ genommen hat (Abb. 24).

Auf Grundlage dieser Angaben kann abgeschätzt werden, inwiefern eine unmittelbare Betroffenheit von einer Corona-Infektion oder der Kontakt mit schwer an COVID-19 erkrankten im engeren Familien- und Freundeskreis das Antwortverhalten der Befragten beeinflusst hat. Auf der einen Seite werden dabei durchaus Unterschiede erkennbar, vor allem zwischen den noch nicht Betroffenen und den mit schweren Verläufen konfrontierten Sächsinnen und Sachsen. Letztere zeigen sich im Schnitt weniger kritisch gegenüber den staatlichen Schutzmaßnahmen der Regierung und deutlich weniger anfällig für Corona-bezogenes Verschwörungsdenken. Auf der anderen Seite scheint die Konfrontation mit leichten oder gar symptomlosen COVID-19-Erkrankungen jedoch einen leicht gegenteiligen Effekt zu vermitteln: In diesem Fall äußerten sich die Befragten eher kritischer zu staatlichen Einschränkungen und zugeneigter zu entsprechenden Verschwörungsthesen (Abb. 25).

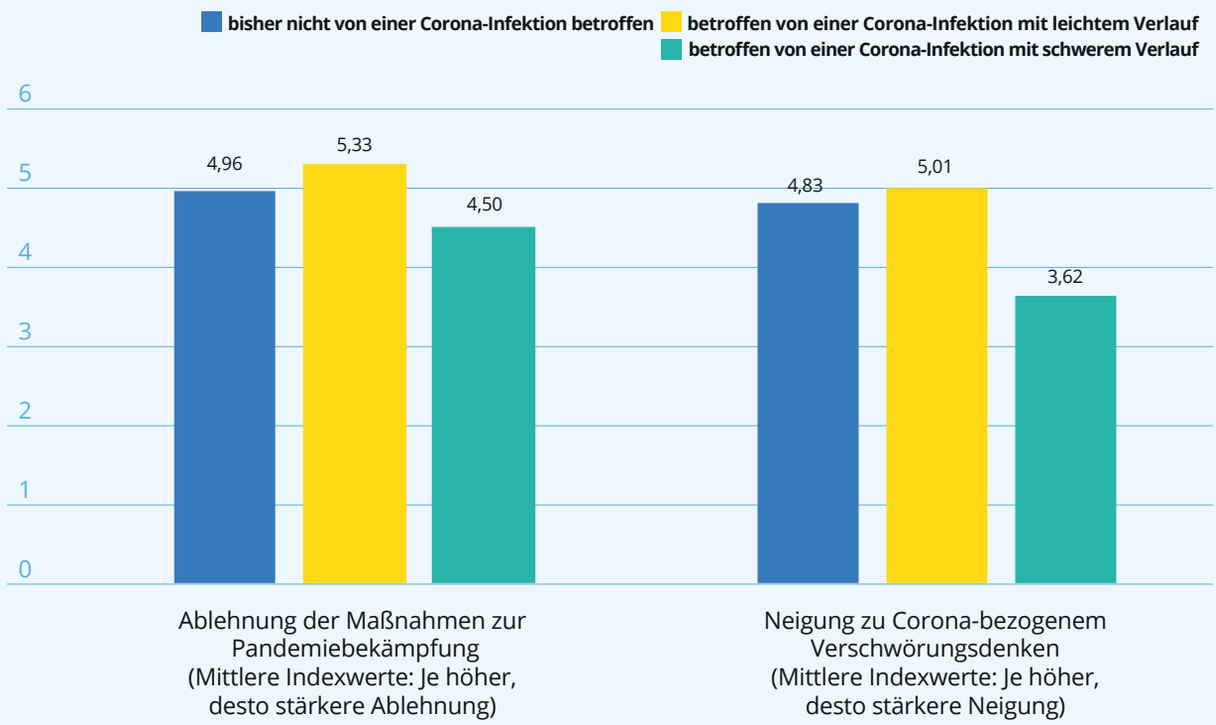
Abb. 24: Persönliche Betroffenheit von einer Infektion mit COVID-19 (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Antwortverteilung auf die Fragen „Waren Sie selbst oder einer Ihrer nächsten Angehörigen (Freunde, Bekannte, Familie) bisher von einer Corona-Infektion betroffen?“ und „Nahm diese Infektion einen schweren Verlauf?“ (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht / keine Angabe, n = 1.008).

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

Abb. 25: Maßnahmenablehnung und Neigung zu Corona-bezogenem Verschwörungsdenken nach Grad der persönlichen Betroffenheit von einer COVID-19-Infektion



Anmerkung: Ablehnung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung (links) und Corona-bezogenes Verschwörungsdenken (rechts) nach Grad der bisherigen Betroffenheit von einer Infektion mit COVID-19.[23] Die Mittelwerte der entsprechenden Indizes liegen bei 5.01 (links) und 4,76 (rechts)[24], n = 1.008.

Quelle: Eigene Erhebung / dimap *MIDEM/ZVD 2021*

23 ‚Betroffenheit' heißt: Erfahrung mit einer COVID-19-Infektion bei sich selbst oder den nächsten Angehörigen (Freunde, Bekannte, Familie).

24 Für Abb. 24 wurden die in Abschnitt 6 diskutierten Corona-skeptischen Einstellungen zu einem Index zusammengefasst, der auf einer 11-Punkte Skala die jeweilige Stärke der Neigung zu „Corona-bezogenem Verschwörungsdenken" abbildet. Der Mittelwert für gesamt Sachsen beträgt hier 4,76. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet.

LITERATUR

Ahnert, Peter; Dietrich, Anne; Hasenclever, Dirk; Horn, Matthias; Kheifetz, Yuri; Kirsten, Holger; Thalheim, Torsten; Krüger, Tyll; Löffler, Markus; Schirm, Sibylle; Scholz, Markus (2021). Aktuelle Entwicklung der COVID-19 Epidemie in Leipzig und Sachsen. Bulletin des IMISE zur COVID-19 Pandemie 04/2021. Institut für Medizinische Informatik, Statistik und Epidemiologie, Universität Leipzig. Verfügbar unter: https://www.imise.uni-leipzig.de/sites/www.imise.uni-leipzig.de/files/files/uploads/Medien/bulletin16_covid19_sachsen_leipzigPlus_2021_04-22_v8.pdf
(letzter Zugriff: 09.06.2021).

Bertelsmann Stiftung (2020). Spaltet Corona die Gesellschaft? – Wie Demokratie sich in Zeiten von Corona bewähren kann. Ergebnisse einer Repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Betsch, Cornelia (2021). COVID-19 Snapshot Monitoring COSMO. Universität Erfurt. Verfügbar unter: https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/explorer/
(letzter Zugriff: 09.06.2021).

Bohr, Felix; Dambeck, Holger; Wassermann, Andreas (2020). Im Land der Verharmloser stapeln sich jetzt die Särge. Spiegel Online 23.12.2020. Verfügbar unter: https://www.spiegel.de/panorama/corona-hochburg-sachsen-wein-party-und-saerge-a-00000000-0002-0001-0000-000174629124
(letzter Zugriff: 09.06.2021).

Decker, Oliver; Schuler, Julia; Yendell, Alexander; Schließler, Clara; Brähler, Elmar (2020). Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In: Decker, Oliver, und Elmar Brähler (Hg.): „Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020" (S. 179 – 210). Psychosozial-Verlag, Gießen.

GLES (2016). Long-term Panel 2009-2013-2017 (GLES 2013). GESIS Data Archive, Cologne. ZA5322 Data file Version 1.1.0, https://doi.org/10.4232/1.12627.

Grande, Edgar; Hutter, Sven; Hunger, Sophia; Kanol, Eylem (2021). Alles Covidioten? Politische Potentiale des Corona-Protests in Deutschland. WZB Discussion Paper ZZ 2021-601.

Infratest dimap (2020a). ARD-DeutschlandTREND November 2020 extra „Coronamaßnahmen". Verfügbar unter: https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2020/november-extra-coronamassnahmen/ letzter
(letzter Zugriff: 09.06.2021).

Infratest dimap (2020b). ARD-DeutschlandTREND Dezember 2020 extra. Verfügbar unter: https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2020/dezember-extra/
(letzter Zugriff: 09.06.2021).

Infratest dimap (2021). ARD-DeutschlandTREND April 2020. Verfügbar unter: https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2021/april//
(letzter Zugriff: 09.06.2021).

Malzahn, Claus Christian (2020). Interview mit Ostbeauftragtem Marco Wanderwitz. „Erschreckend viele Ostdeutsche tun so, als gäbe es keine Pandemie". Welt 29.12.2020. Verfügbar unter: https://www.welt.de/politik/deutschland/plus223355018/Ostbeauftragter-Wanderwitz-Erschreckend-viele-Ostdeutsche-tun-so-als-gaebe-es-keine-Pandemie.html
(letzter Zugriff: 09.06.2021).

Nagel, Kai; Müller, Sebastian; Rakow, Christian; Ewert, Ricardo; Kaddoura, Ihab; Charlton, Billy; Schlenther, Tilmann. (2021). COVID-19 Analysis Portal. Technische Universität Berlin. Verfügbar unter: https://covid-sim.info/
(letzter Zugriff: 09.06.2021).

Leipziger Volkszeitung (2020a). Umfrage der LVZ: Mehrheit der Sachsen lehnt Corona-Proteste ab. Leipziger Volkszeitung 17.12.2020. Verfügbar unter: https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Umfrage-der-LVZ-Mehrheit-der-Sachsen-lehnt-Corona-Proteste-ab
(letzter Zugriff: 09.06.2021).

Leipziger Volkszeitung (2020b). Trägt die AfD Mitschuld an der Ausbreitung von Corona? Leipziger Volkszeitung 22.12.2020. Verfügbar unter https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Sachsen-Ist-die-AfD-an-Corona-schuld
(letzter Zugriff 09.06.2021).

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin (2020a). Vertrauen in Staat und Gesellschaft während der Corona-Krise (April 2020). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA7672 Datenfile Version 1.0.0, https://doi.org/10.4232/1.13620.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin (2020b). Trendfragen Corona. GESIS Datenarchiv, Köln. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA7665 Datenfile Version 1.0.0, https://doi.org/10.4232/1.13618

Rees Jonas; Papendick, Michael; Rees, Yann; Wäschle, Franziska; Zick, Andreas (2020). Erste Ergebnisse einer Online-Umfrage zur gesellschaftlichen Wahrnehmung des Umgangs mit der Corona-Pandemie in Deutschland. Forschungsbericht IKG. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Bielefeld.

Reiser, Marion; Küppers, Anne; Hebenstreit, Jörg; Salheiser, Axel; Vogel, Lars (2021). Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen Monitors 2020. Friedrich-Schiller-Universität, Jena.

Reuband, Karl-Heinz (2021). Regionale AfD-Milieus und die Dynamik der Corona-Ausbreitung – Eine Analyse auf der Basis kreisfreier Städte und Landkreise in Sachsen. In: Zeitschrift für Parteienwissenschaften 27 (1), S. 1-14.

Robert-Koch-Institut (2021). COVID-19 Impfquoten-Monitoring in Deutschland (COVIMO). Verfügbar unter: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Projekte_RKI/covimo_studie_Ergebnisse.html (letzter Zugriff 09.06.2021).

Schließler, Clara; Hellweg, Nele; Decker, Oliver (2020). Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Oliver Decker, und Elmar Brähler (Hg.): „Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020" (S. 283-310). Psychosozial-Verlag, Gießen.

Sciences Po/Centre d'Étude pour la Vie Politique Française (CEVIPOF) (2021a). Baromètre de la confiance politique, Février 2021. Verfügbar unter: https://www.opinion-way.com/en/opinion-political-surveys/published-surveys/opinionway-pour-le-cevipof-barometre-de-la-confiance-en-politique-vague-12-fevrier-2021/download.html (letzter Zugriff: 09.06.2021).

Sciences Po/Centre d'Étude pour la Vie Politique Française (CEVIPOF) (2021b). Baromètre de la confiance politique, Mai 2021. Verfügbar unter: https://www.opinion-way.com/en/opinion-political-surveys/published-surveys/opinionway-pour-le-cevipof-barometre-de-la-confiance-en-politique-vague12b-mai-2021/download.html (letzter Zugriff: 09.06.2021).

Sonnenberg, Anne-Kathrin (2021). Umgang der Regierung mit der Corona-Krise wieder positiver bewertet. YouGov. Verfügbar unter: https://yougov.de/news/2021/05/21/umgang-der-regierung-mit-der-corona-krise-wieder-p/ (letzter Zugriff 09.06.2021).

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1: Erhebungsregionen in Sachsen S. 7

Abb. 2: Bewertung unterschiedlicher Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie S. 10

Abb. 3: Ablehnung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten S. 11

Abb. 4: Ablehnung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung in unterschiedlichen Regionen Sachsens S. 13

Abb. 5: Ablehnung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung nach politischen Merkmalen der Befragten S. 13

Abb. 6: Empfundene Belastungen durch die staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung S. 14

Abb. 7: Ökonomisches Belastungsempfinden nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten S. 15

Abb. 8: Psychisch-soziales Belastungsempfinden nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten S. 15

Abb. 9: Impfungen und Impfbereitschaft in Sachsen S. 17

Abb. 10: Impfbereitschaft und Impfskepsis in Sachsen S. 18

Abb. 11: Impfskepsis in Sachsen nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten S. 18

Abb. 12: Impfskepsis in Sachsen nach Regionen S. 19

Abb. 13: Impfskepsis in Sachsen nach politischen Merkmalen der Befragten S. 20

Abb. 14: Bewertung des Corona-Managements der Bundesregierung und der sächsischen Landesregierung S. 21

Abb. 15: Allgemeine Bewertung von Einschränkungen und Freiheitsbeschränkungen während der Pandemie S. 22

Abb. 16: Corona-bezogene Vorbehalte gegenüber der Regierung S. 23

Abb. 17: Corona-bezogene Vorbehalte gegenüber Medien und Wissenschaft S. 24

Abb. 18: Corona-bezogenes Verschwörungsdenken nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten S. 25

Abb. 19: Corona-bezogenes Verschwörungsdenken nach politischen Merkmalen der Befragten S. 26

Abb. 20: Corona-bezogenes Verschwörungsdenken in unterschiedlichen Regionen Sachsens S. 27

Abb. 21: Corona-bezogenes Verschwörungsdenken und Vertrauen in Wissenschaft und Expertentum S. 27

Abb. 22: Bewertung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen S. 28

Abb. 23: Unterschiedliche Aspekte einer Corona-bezogenen Widerständigkeit und ihre Verbreitung in Sachsen S. 29

Abb. 24: Persönliche Betroffenheit von einer Infektion mit COVID-19 S. 30

Abb. 25: Maßnahmenablehnung und Neigung zu Corona-bezogenem Verschwörungsdenken nach Grad der persönlichen Betroffenheit von einer COVID-19-Infektion S. 31

AUTOREN

Prof. Dr. Hans Vorländer

Hans Vorländer ist Direktor des Mercator Forums Migration und Demokratie (MIDEM) sowie des Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung (ZVD) an der TU Dresden. Er ist u.a. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für gesellschaftlichen Zusammenhalt beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Maik Herold

Maik Herold ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen politische Kulturen und gesellschaftliche Polarisierungsprozesse in Ostdeutschland und Osteuropa.

Cyrill Otteni

Cyrill Otteni ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden. Zu seinen Forschungsinteressen zählen Veränderungsprozesse politischer Repräsentation, Populismus sowie der Einfluss von Krisen auf politische Einstellungen und Partizipationsverhalten.

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:
- Zugehörigkeit, Identität und Zusammenhalt
- Gesellschaftliche und politische Polarisierungsprozesse
- Nationale Governance von Migration
- Lokale Governance von Migration

MIDEM hat zur Aufgabe:
- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

ISSN 2628-9822

Herausgeber:
Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:
Johanna Haupt
Maria Mende

Gestaltung:
Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2021

MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN

STIFTUNG MERCATOR

MIDEM MERCATOR FORUM
MIGRATION UND DEMOKRATIE